Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Vereins-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109. Montag, den 12. Mai 1919. 26. Jahrg.

Die Demokraten in der Sackgasse.

In der Nationalliberalen Partei gab es vor dem Kriege zwei Hauptrichtungen. Der rechte Flügel wurde von Friedberg, Heinze und Schiffer geführt. Der Aufsichtsratsstellensammler Paasche gehörte auch dazu; seine persönliche Geltung hatte aber in der Partei gelitten. Als Haupt des linken Flügels galt Bassermann, nachdem er auf dem Parteitag in Goslar den Bruch mit der Honoratiorenpolitik verlangt hatte. Er hatte eine starke Hilfstruppe in der nationalliberalen Jugend, die vor allem in Süddeutschland mit ihren kleinbürgerlichen und intellektuellen Mitgliedern nach links zog. In seinen guten Zeiten und ehe er nach Paasches Vorbild Aufsichtsratsstellen sammelte, genoß Stresemann auf dem linken Flügel der Nationalliberalen gutes Ansehen. Auf dem großen Berliner Parteitage 1912 kam es zwischen beiden Richtungen zur Machtprobe. Friedberg hoffte, durch einen Gewaltstreich die jungliberale Strömung zu unterdrücken und damit der Bassermannschen Führung einen empfindlichen Streich zu versetzen. Er hatte sich aber in der Rührigkeit der Jungliberalen geirrt. Diese hatten dafür gesorgt, daß aus allen Orten, wo sie organisiert waren, Leute ihres Vertrauens zum Parteitag abgeordnet wurden. So war es in Leipzig, Breslau, Göttingen, Köln, den größeren Orten Süddeutschlands geschehen. In Berlin hatten sich die Jungliberalen kurz entschlossen der örtlichen Parteileitung bemächtigt. Friedberg und Heinze waren betroffen, als sie den unverhofften Widerhall der Reden auf dem Parteitage erkannten. Widerwillig mußten sie ihr Vorhaben der Unterdrückung der jungliberalen Bewegung aufgeben und sich dem Vermittlungsvorschlage Lohmanns fügen.

Sechs Jahre später waren die Rollen vertauscht. Friedberg ward preußischer Staatsminister und berufen, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Preußen einzuführen. Wer den alten Schlaumeier kannte, mißtraute ihm von vornherein. Draußen an der Front zeichneten die Kundigen Wahlrechts- und Waffenerfolgskurven, wobei es sich zeigte, daß die Wahlrechtskurve sank, wenn die Waffenerfolgskurve stieg. Wenn man auch an den ehrlichen Absichten des geschickten politischen Taktikers Friedberg nicht glaubte, so entbehrte es doch nicht der Pikanterie, daß gerade Lohmann an der Spitze des rechten Parteiflügels den Rechtsabmarsch vollzog, derselbe Lohmann, der 1912 auf dem Parteitage durch seinen weitgehenden Vermittlungsvorschlag die Jungliberalen bei der Partei gehalten hatte.

Während des Krieges hatten sich die Kassen der Nationalliberalen Partei gefüllt. Ausgaben gab es nicht außer den Gehältern für die Parteibeamten und den sonstigen laufenden Unkosten für die Geschäftsstellen. Die Einnahmen flossen reichlich. Die Kriegsgewinnler in der Partei hatten eine offene Hand und zahlten auch ungebeten freiwillige Beiträge, um für die Wahlen, die nach Kriegsende stattfinden mußten, zu rüsten. Im Laufe der Kriegsjahre war eine weitgehende Unzufriedenheit mit der Führung in den Kreisen der Parteimitglieder eingerissen. Stresemann war es vor allem, gegen den sie sich richtete. Zahlreiche Nationalliberale gingen mit dem Gedanken um, sich von der Partei zu trennen und zu den Fortschrittlern überzutreten. Die Kassen der Fortschrittler litten aber niemals unter Geldfülle, während die Nationalliberalen sich in sehr „geordneten Verhältnissen" befanden. So hielt der Mammon dann das Getriebe zusammen, als die Revolution zu gewissen Umstellungen der Parteien nötigte. Fast überall kam es zu einfachen **Verschmelzungen der Nationalliberalen und der Fortschrittler**, wobei man die Geschäftsstellen und die Kassen zusammenlegte. Nur an solchen Orten, wo die Führer ausgesprochen nach rechts festgelegt waren, erhielten sich selbstständige Organisationen der Altnationalliberalen, selbstverständlich auch mit wohlgefüllten Parteikassen.

Die aus der **Verschmelzung hervorgegangene gesamtliberale Partei der Demokraten** entwarf unter dem frischen Eindruck der großen Umwälzung ein zugkräftiges Parteiprogramm. Wacker bekannte sie sich zur Republik, zum großdeutschen Gedanken, zur Sozialisierung der dafür reifen Betriebe, zur Trennung von Kirche und Staat, zur Reform der Volksschule. Dieses Programm wurde in edler Begeisterung von allen ehemaligen **Sedanfestrednern, Bismarckschwärmern, Durchhalteposteln und Aufsichtsratsstellenjägern** der Partei unterzeichnet. Diese Leute hatten in ihrem heiligen Eifer aber eins vergessen. Früher war es leicht, sich mit solchen Programmforderungen einen liberal-demokratischen Heiligenschein aufzusetzen. Man konnte getrost hoffen, daß eine großmächtige konservative Regierung oder eine aus Großgrundbesitzern gebildete erste Kammer ihre Verwirklichung vereiteln würde. Diesesmal aber konnte das Programm nicht ein bloßer Fetzen Papier bleiben. Jetzt hat sich die demokratische Fliege im Spinnennetze ihres eigenen Programms gefangen.

Die Bremser und Rückschrittler sind an der Arbeit. Der demokratischen Partei gehören viele Leute an, die **gar nicht daran denken, das schöne Programm zu verwirklichen**, die ihr nur beigetreten sind, um den Drang nach links zu hemmen. So mußte es vielen Leuten zu denken geben, wie der alte Schlaumeier Friedberg sich nach einigem Schwanken entschloß, bei den Demokraten zu ziehen. Friedbergs Verhalten ist symbolisch. So wie er, handelten in den örtlichen Organisationen zahlreiche angesehene Leute. Da sich unter den örtlichen Führern nicht wenige fanden, denen die politische Beteiligung eine Gelegenheit zur Anknüpfung vornehmer Beziehungen ist, so haben die prominenten Herren verhältnismäßig leichtes Spiel, wenn sie das Gewicht ihrer Persönlichkeit gegen Bestrebungen in die Wagschale werfen, die ihnen zu radikal erscheinen. Schon jetzt läßt sich mit hinreichender Deutlichkeit übersehen, auf welche Hemmungen die Demokraten mit ihrem wunderschönen Programm stoßen.

Sie gebärdeten sich bei der Anmeldung der neuen Firma als Republikaner. Man kann aber hundert Demokraten sprechen und wird von 98 hören, daß eigentlich die Monarchie die dem Deutschen angemessene Staatsform sei. Eine Bezirksobfrau der Demokraten sammelt Unterschriften für Wilhelm II. Ein Bezirksobmann ersucht ein Parteimitglied, in Demokratenversammlungen keine antimonarchischen Aeußerungen zu tun, weil sonst Austritte drohen. In Berlin wollen die Demokraten die Königs- und Kaiserbildnisse die glücklich entfernt waren, wieder in die Schulzimmer hängen. Wo bleibt da der republikanische Geist? Wie stellen sich diese Monarcho-Republikaner die Verwirklichung des großdeutschen Gedankens vor? Das deutsche Volk will aus der Kleinstaaterei heraus. Wenn das auch nicht von heute zu morgen geht, so ist doch die erste Voraussetzung für die staatsrechtliche Einheit die Republik. Nur wenn die Throne beseitigt werden, wird der Weg für die weitere Arbeit, die immer noch groß genug bleibt, frei sein.

Die Trennung von Kirche und Staat wurde in der Wahlbewegung von den Demokraten als wichtiger Programmsatz vielfach unterstrichen. Heute reden sie anders. Die armen Schulkinder sollen weiterhin mit diesen Dingen belastet werden! Dem Volke soll eben die Religion erhalten bleiben, auch wenn es nicht will.

Zur wirtschaftlichen Neugestaltung verhieß das Wahlprogramm die Sozialisierung der dafür reifen Betriebe. Alsbald nach den Wahlen wurde in der demokratischen Presse nachgewiesen, daß weder Kohle noch Eisen für die Sozialisierung reif seien. Unter dem Drucke spartakistischer Unruhen fanden sich die Demokraten mit den Betriebsräten und dem wirtschaftlichen Oberhaus ab. In dem neuen Programmentwurf ist der Aufbau der Wirtschaftsordnung in langatmiger Weise erwähnt. Die Sache ist wieder so ausgedrückt wie im Juli 1917 die Stellungnahme der Nationalliberalen zur Friedensentschließung des Reichstages, wo der erste Teil der Erklärung den zweiten Teil aufhob. An dem Programmentwurfe hat ein entschlossener Individualist und ein schüchterner Kollektivist gearbeitet. Beide haben sich auf eine Mittelmeinung vertragen, wobei der Kollektivist froh war, daß seine Wünsche erwähnt und nicht kurzerhand zum alten Eisen geworfen wurden.

Waren schon die Demokraten mit ihrem Programm für die Nationalversammlungswahlen nicht regierungsfähig und haben sie sich durch ihr Abrücken von den Wahlversprechen den Kredit verscherzt, den ihnen ein Teil der Wähler entgegenbrachte, so müssen jetzt, wo sie noch kein Vierteljahr nach den Wahlen ihr Programm rückwärts revidieren, den Wählern die Augen aufgehen. Jetzt lüften sie erst leise die Maske. Sobald die Angst vor dem Bolschewismus aufhört, werden sie sie ganz abwerfen. Sie sehnen sich nach musikumrahmten Kaiser- und Königsgeburtstagen, Bismarckgedenktagen und Sedanfesten.

Zum Friedensvertrag.

Das unerhörte Dokument von Versailles beherrscht die Spalten der Blätter des In- und Auslandes. Je näher man es betrachtet, desto höher steigt der Grimm über die Schmach, die imperialistische Kreise einem geschlagenen und ausgehungertem Volke anzutun gewillt sind. Selbst ruhiger wägenden Gemütern wallt das Blut mächtiger. So schreibt der aus Versailles zurückgekehrte Vorwärtsredakteur Stampfer, er komme, um den Schläfern in die Ohren zu schreien, daß noch immer Krieg sei. Für seine Person trete er für die Nichtunterzeichnung ein. Der einzelne dürfe den Volksgenossen sagen: Haltet Euch bereit, das Schwerste zu ertragen. Mit aufatmendem Hoffen werden alle unterdrückten Völker und Klassen der Welt vernehmen, daß das deutsche Volk als Mitkämpfer in ihre Reihen getreten ist. Man wird aufhorchen in Irland, Aegypten, Indien und in den Arbeiterklassen aller Länder, man wird in den Vereinigten Staaten Abrechnung halten mit jenem sonderbaren Nachfolger Washingtons, der nach Europa gekommen ist, um die Freiheit zu verkünden und der zurückkehrt, nachdem er geholfen hat, die Menschenrechte abzuschaffen.

Das ist reichlich in Bitterkeit getränkt, aber nicht die Ansicht seiner Redaktionskollegen.

Die „Freiheit" wendet sich heftig gegen den Aufruf des Parteivorstandes. Er sei nicht berechtigt, an die Internationale zu appellieren, die von der Mehrheitspartei in schmählichster und feigster Weise verraten worden sei. Dieser elende Vorstand habe nicht protestiert gegen den Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest, die noch schlimmer waren als der Versailler Frieden. Diese Leute sollten schweigen, denn ihre Reden wirken nur als aufpeitschende Provozierung. Besonders wütend ist die „Freiheit" darüber, daß der Parteivorstand die Friedensbedingungen als Rechtfertigung der Kriegspolitik der Partei bezeichnet.

Ins volle Horn tutet wieder die deutschnationale Volkspartei, die diesen Schmach- und Vernichtungsfrieden, komme danach, was kommen mag, unter allen Umständen ablehnen will.

„Komme, was kommen mag," ist leicht und bequem gesagt. Mit solchen Phrasen sind die Herrschaften ihrerzeit auch in den unbeschränkten U-Boot-Krieg hineingegangen. Solche verantwortungslose Politik lehnt das deutsche Volk auf das entschiedenste ab.

Der Pariser Vertreter der „Times" schreibt, die schwierigste und gefährlichste Periode der Friedensverhandlungen stehe noch bevor. Die Rede Rantzaus sei ein Warnungssignal für die Alliierten gewesen. Wenn Graf Rantzau wirklich im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes sprach, so sei es klar, daß kein Friede auch nur mit einem Scheine von Sicherheit, daß die Bestimmungen dieses Vertrages auch ausgeführt werden, unterzeichnet werden könne. Rantzau habe alle durch seinen rauhen Ton überrascht, am meisten die britischen Delegierten, die vor dem Kriege stets in engen Beziehungen zu den Deutschen gestanden hätten.

„Humanite" und „Journal de Peuple" fahren fort, den Friedensvertrag aufs schärfste zu bekämpfen, während die „France libre", das Organ der Varenne-Gruppe, ihm zustimmt. „Humanite" erklärt, der Friede sei in Warheit ein Gewaltfriede. Ueber die Anerkennung des englischen Protektorates über Aegypten, dessen Bevölkerung der scheußlichsten politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung unterworfen sei, sagt das Blatt, diese bedeute ein großes, furchtbares Verbrechen. Dieser Friede sei nicht ein Völkerfriede, sondern der Friede dreier Männer: Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Das Blatt sagt: Der Krieg wurde von drei Kaisern angefangen und ist durch drei Autokraten beendet worden. Aber die Völker bleiben im Schatten, nachdem sie im Blute gewütet hatten. Nur eine internationale Organisierung der Arbeiter könne einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

Die italienische Presse verurteilt einmütig die Deutschland zugemuteten Bedingungen und ihr Unmut wird durch die offenkundige Rücksichtslosigkeit der Alliierten gegen Italiens Beutegelüste gesteigert.

Zur Frage des deutsch-österreichischen Anschlusses. Eine hochstehende englische Persönlichkeit hat erklärt, daß irgend ein direktes Verbot des Anschlusses nicht erfolge, daß nur gewisse Konsequenzen aus dem Anschlusse gezogen werden sollten. In der „Arbeiterzeitung" wendet sich Ludo Hartmann gegen die Einmischung in das Selbstbestimmungsrecht, sich Deutschland anzuschließen und fordert vom Völkerbund, daß er aus einer Volksabstimmung über diese Frage seine Folgerung ziehe.

Wiener Kundgebungen. In Wien, kam es am gestrigen Sonntag zu gewaltigen Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland. In den Morgenstunden zogen riesige Arbeitermassen aus den Außenbezirken nach dem Rathause, dort hielt Friedrich Adler eine Ansprache, die den unverzüglichen Willen Deutsch-Oesterreichs zum Anschluß an Deutschland neuerdings bekräftigte. In Innsbruck und im übrigen Tirol wurden 48 Versammlungen der sozialistischen und anderen Parteien für den Anschluß an Deutschland abgehalten.

Das Blatt der holländischen Arbeiterpartei „Het Volk" schreibt: Das Gefühl, das die Friedensbedingungen bei jedem, der nicht von Haß gegen die Besiegten und von Völkerhunger erfüllt ist, auslöst, ist tiefe Niedergeschlagenheit. Die Friedensbedingungen, die die Assoziierten Deutschland auferlegen wollen, finden keine Grundlagen, auf der das alte Europa seine Kultur wieder aufbauen kann. Damit ist das Urteil über das Werk Wilsons, Lloyd Georges, Clemenceaus und wie die Götter der Bourgeoisie sonst noch heißen mögen, ausgesprochen. Insbesondere wendet sich das Blatt gegen den Raub der Kolonien.

Stockholms „Sozialdemokraten" erklärt: Wir sehen den Friedensschluß des Kapitals. Wir erwarten den Friedensschluß der Arbeit. Dieses Friedenswerk in seiner jetzigen Form demütigt und fordert nicht nur das deutsche Volk heraus, sondern uns alle, deren Friedensideal Menschlichkeit, Billigkeit und Gerechtigkeit ist.

Das jungsozialistische Blatt „Politiken" führt aus: Die Bedingungen übertreffen an Härte und Schamlosigkeit und durch den deutlichen Stempel des Erobererfriedens auch die dunkelsten Ahnungen, die man vorher haben konnte. Es ist ein typisch kapitalistisch-imperialistischer Frieden.

„Sozialdemokraten" in Christiania schreibt: Falls das Undenkbare geschehen sollte, daß die deutsche Regierung auf eine derartige Uebereinkunft einginge, würde Deutschland tatsächlich eine Kolonie werden.

Die ungarische Presse bezeichnet die Versailler Friedensbedingungen als ein pathologisches Aktenstück, das die Verkörperung der Diktatur des Kapitalismus bedeute.

So weit wir also blicken, finden wir eine Verurteilung dieses Werkes, das den Frieden einleiten soll. Trotz alledem müssen wir uns klar darüber sein, was eine Ablehnung zur Folge hat. Wir müssen durch Verhandlungen versuchen, günstigere Bedingungen zu erzielen. Wir können durch Kraftmeierium unsere Lage nur noch verschlimmern, denn die feindlichen Heere stehen an den Grenzen. Ihr Einmarsch würde unser Wirtschaftsleben sofort gänzlich vernichten, und die kaum begonnene Nahrungsmittelzufuhr wieder unterbinden. In wenig Wochen müßten wir dann Bedingungen unterschreiben, die das bisher Gebotene in den Schatten stellen.

Auch durch spartakistische Träume in russischer Verklärung wird uns nicht geholfen. Lassen wir uns nicht verwirren und den Verstand entscheiden.

*

Clemenceaus Antwort.

Versailles, 12. Mai. Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:

„Herr Vorsitzender! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, welche die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Texte der Friedensbedingungen enthält. In Beantwortung dieser Mitteilung möchten sie die deutsche Delegation daran erinnern, daß sie sich bei der Festsetzung der Vertragsbestimmungen ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind.

Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterungen ihres Rechtes zulassen, die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, so wie sie sie festgesetzt haben, aufrecht zu erhalten. Sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben. Genehmigen Sie usw."

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet.

„Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfes eines Völkerbundes zu bestätigen. Der Entwurf wird der zuständigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermittelt werden. Die deutschen Delegierten werden durch eine neue Prüfung der Völkerbundssatzungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesem Bund nicht übersehen, sondern ausdrücklich im zweiten Absatz des ersten Artikels vorgesehen ist. Genehmigen Sie usw."

* * *

Aus dem Friedensvertrag ist weiter hervorzuheben:

Elsaß-Lothringen.

Hinsichtlich Elsaß-Lothringens treten die Verträge über die Festsetzung der Grenzen vor 1871 wieder in Kraft.

Elsaß-Lothringen kehrt frei von allen Staatsschulden zu Frankreich zurück. Frankreich ergreift Besitz von allen Gütern und dem Eigentum des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten in Elsaß-Lothringen, ohne einen der zedierenden Staaten bezahlen zu müssen. Die Krongüter und der Privatbesitz des Ex-kaisers und der früheren Herrscher Deutschlands fallen unter diese Bestimmung. Deutschland darf durch keinerlei Maßnahme deutsches Geld, welches bei Friedensabschluß Kurswert hat und im Besitz der französischen Regierung ist, entwerten. Ein Sonderabkommen wird die Zurückhaltung in Mark der außergewöhnlichen Kriegsausgaben, welche Elsaß-Lothringen für Rechnung des Reiches vorgeschossen hat, wie Unterstützungen an Familien von Mobilisierten und Requisitionen, regeln. Frankreich erhebt für eigene Rechnung die Steuern, welche vor dem 11. November 1918 noch nicht eingezogen waren. Die elsaß-lothringischen Eisenbahnen gehen in französischen Besitz über. Auf fünf Jahre werden Erzeugnisse aus Elsaß-Lothringen zollfrei nach Deutschland eingeführt; Frankreich behält sich die Kontingentierung dieser Ausfuhr vor. Die französische Regierung ist berechtigt, alle Besitzungen, Rechte und Interessen, welche deutsche Staatsangehörige oder von Deutschland kontrollierte Gesellschaften am 11. November 1918 in Elsaß-Lothringen besaßen, zu liquidieren. Deutschland muß seine Staatsangehörigen unmittelbar entschädigen. Verträge, welche durch den Waffenstillstand unterbrochen worden sind, bleiben mit Ausnahme derer in Kraft, welche Frankreich im allgemeinen Interesse binnen sechs Monaten nach Vertragsunterschrift kündigt.

Tschecho-Slowakei.

Deutschland erkennt die Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Staates an. Die Grenze zwischen Deutschland und den Tschechoslowaken soll die alte am 3. August 1914 vorhandene Grenze gegen Oesterreich-Ungarn bilden. Deutschland verzichtet auf den Teil des schlesischen Gebietes, der zwischen der alten österreichisch-deutschen Grenze und einer Linie, die von einem Punkte an der oder unmittelbar südlich von der Eisenbahnlinie Ratibor—Oder ausgeht und sich nach Nordwesten wendet, indem sie westlich von Kranowitz und östlich von Katscher vorbeiläuft, so daß sie die alte österreichische Grenze im äußersten Südosten ihres ungefähr fünf Kilometer westlich von Leobschütz gelegenen Vorsprunges erreicht. Deutsche Staatsangehörige, die auf der Linie, wahrscheinlich auf dem hiernach von Deutschland an den tschechoslowakischen Staate abgetretenem Gebiete wohnen, erwerben die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit und verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit. Innerhalb zweier Jahre nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages bleibt den deutschen Staatsangehörigen von über 18 Jahren die Option vorbehalten.

Polen.

Auch Polens Unabhängigkeit erkennt Deutschland an. Polen verpflichtet sich, Personen und Herkünften aus Ostpreußen oder solchen mit der Bestimmung nach Ostpreußen dieselben Durchfahrtsrechte wie seinen Staatsangehörigen zu gewähren. Deutsche Staatsangehörige, die vor dem 1. Januar 1908 in Polen ansässig waren, erwerben ipso facto die polnische Staatsangehörigkeit. Innerhalb zweier Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages bleibt den deutschen Staatsangehörigen die Option vorbehalten. Die Beteiligung Polens an den finanziellen Lasten des Deutschen Reiches und Preußens wird unter der Finanzklausel im neunten Teil geregelt. Eine Aufrechnung der Aufwendungen für die deutsche Kolonisation in Polen findet nicht statt; Gebäude, Wälder und andere Staatsbesitze, die ehemals dem Königreich Polen gehört haben, müssen Polen frei von allen Lasten zurückgestellt werden.

Rußland.

Deutschland erkennt Rußland und die russischen Staaten, sowie die Unabhängigkeit aller am 1. August russisch gewesenen Gebiete an. (Der Text bezüglich der Verträge von Brest-Litowsk ist in dem Telegramm verstümmelt.)

Die verbündeten Mächte behalten Rußland das Recht vor, von Deutschland alle Restitutionen und Reparationen nach den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages zu erlangen. Deutschland verpflichtet sich, den vollen Wert aller Verträge oder Abmachungen der verbündeten Mächte mit den Staaten auf russischem Gebiete anzuerkennen, ebenso wie die Grenzen dieser Staaten, wie festgesetzt werden.

Ostpreußen.

In der Zone zwischen der im Friedensvertrage festgesetzten Grenze Ostpreußens und der nachfolgend beschriebenen Linie sollen die Einwohner sich durch Abstimmung entscheiden, welchem Staate sie angeschlossen zu werden wünschen. Diese Linie verläuft längs der Ost- und Nordgrenze des Regierungsbezirks Allenstein bis zu deren Zusammentreffen mit der Grenze zwischen den Kreisen Oletzko und Angerburg; von da die Nordgrenze des Kreises Oletzko bis zu deren Zusammentreffen mit der alten Grenze Ostpreußens. In den Kreisen Stuhm, Rosenberg und Marienburg östlich von der Nogat, sowie Marienwerder östlich von der Weichsel sollen die Bewohner durch Abstimmung nach Gemeinden zu erkennen geben, ob sie zu Polen oder zu Ostpreußen gehören wollen. Die alliierten und assoziierten Großmächte werden die Grenze in dieser Gegend so festsetzen, daß Polen über jeden Abschnitt der Weichsel die volle und ganze Kontrolle verbleibt, wobei das östliche Ufer auf solchen Abstand, wie er für die Regulierung und Amelioration nötig ist, eingerichtet sein soll. Ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen soll Deutschland die volle Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs zwischen dem übrigen Deutschland und Ostpreußen durch polnisches Gebiet und andererseits Polen gleiche Erleichterungen für seine Verbindungen mit der Freistadt Danzig sichern.

Deutschland verzichtet auf das Gebiet zwischen der Ostsee und der Nordostgrenze von Ostpreußen, wodurch die Grenzfestsetzung bestimmt ist.

Westpreußen und Danzig.

Der 11. Abschnitt bestimmt den Verzicht Deutschlands auf das Gebiet, welches reicht von der Ostsee nach Süden bis zum Treffpunkt der Hauptschiffahrtswege der Nogat und Weichsel; der Grenze Ostpreußens, wie sie im gegenwärtigen Vertrage festgesetzt ist, von da den Hauptschiffahrtsweg der Weichsel talwärts und bis zu einem Punkte, ungefähr sechs Kilometer und fünfhundert Meter nördlich von der Dirschauer Brücke, von da nach Nordwesten und bis Höhe fünf, ein Kilometer fünfhundert Meter südlich von der Kirche in Gueitland: Eine im Gelände zu bestimmende Linie; von da nach Westen bis zu dem von der Grenze des Kreises Berent gebildeten Vorsprung, acht Kilometer fünfhundert Meter nordöstlich von Schöneck: Eine Linie, die zwischen Mühlbanz im Süden und Rambeltsch im Norden verläuft; von da nach Westen die Grenze des Kreises Berent bis zu der Wendung, welche sie sechs Kilometer nordwestlich von Schöneck macht; von da und bis zu einem Punkte an der Mittellinie des Lankener Sees: Eine Linie verlaufend nördlich von Neufietz und Schatarpi und südlich von Berenhütte und Lanken; von da die Mittellinie des Lankener Sees bis zu seinem Nordende; von da und bis zum Südende des Polenziner Sees: eine in dem Raume zu ziehende Linie; von da die Mittellinie des Polenziner Sees bis zu seinem Nordende; von da gegen Nordosten bis zu dem Punkte ungefähr ein Kilometer südlich von der Kirche in Kolicbken, wo die Eisenbahn Danzig—Neustadt einen Bach überquert: eine Linie südöstlich von Kamehlen, Krissau, Fridlin, Mattern und der Schäferei und im Nordwesten von Neuendorf, Hoch- und Klein-Kelpin, Renneberg und den Städten Oliva und Zoppot: von da den Lauf des obenerwähnten Baches bis zur Ostsee. Danzig soll freie Stadt unter dem Schutze der Gesellschaft der Nationen werden und ein von den alliierten und assoziierten Großmächten ernannter Oberkommissar soll in Danzig seinen Sitz haben. Durch eine besondere Konvention zwischen Polen und der Freistadt Danzig soll Danzig innerhalb der polnischen Zollgrenze versetzt und für Einrichtung eines Freigebietes im Hafen gesorgt werden, ferner Polen der freie Gebrauch aller Danziger Gewässer und Schiffahrtseinrichtungen für Ein- und Ausfuhr, sowie die Kontrolle und Verwaltung der Weichsel und des gesamten Eisenbahnnetzes innerhalb der Freistadt und auch der postalischen und telegraphischen Verbindungen zwischen Polen und dem Hafen Danzig gesichert werden. Auch sollen die auswärtigen Angelegenheiten der Freistadt Danzig sowie diejenigen ihrer Angehörigen in fremden Ländern durch die polnische Regierung wahrgenommen werden. Die in Danzig ansässigen deutschen Staatsangehörigen sollen ipso facto die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren und die Danziger Staatsangehörigkeit erhalten; die Option für Deutsche über 18 Jahre innerhalb zweier Jahre wird vorbehalten. Alles Eigentum des Reiches oder deutscher Staaten auf Danziger Gebiet geht an die verbündeten Großmächte über, die es entweder an Danzig oder an Polen überweisen können.

Schleswig.

Die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wird entsprechend den Wünschen der Bevölkerung festgesetzt. Sodann werden Zeit und Art der Abstimmung der abzutretenden Teile festgesetzt; die Abstimmung erfolgt, nachdem die deutschen Behörden die fraglichen Gebiete geräumt und die Verwaltung einer internationalen Kommission übergeben haben. Alle Bewohner der an Dänemark zurückfallenden Gebiete erwerben ipso facto die dänische Nationalität, doch bleibt die Option während zweier Jahre vorbehalten. Die finanziellen Verhältnisse werden entsprechend der Finanzklausel des Friedensvertrages geregelt.

Helgoland.

Die Befestigungen, militärischen Anlagen und Häfen von Helgoland und der Düne werden unter Kontrolle der verbündeten Regierungen von der deutschen Regierung auf Kosten des Deutschen Reiches in festgesetzter Frist zerstört. Deutschland darf diese Befestigungen und militärischen Einrichtungen nicht wiederherstellen.

Deutschlands Recht im Ausland.

Außerhalb seiner Grenzen in Europa, wie sie durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzt sind, verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Titel oder Privilegien welcher Art immer in bezug auf alle ihm oder seinen Verbündeten gehörigen Gebiete ebenso, wie auf alle Rechte, Titel oder Privilegien, die es etwa gegenüber den verbündeten und assoziierten Mächten besitzt, unter welchem Titel es sei.

Im einzelnen wird der Verzicht Deutschlands auf seine sämtlichen überseeischen Besitzungen gefordert; die daraus hervorgehenden Rechte gehen auf diejenige Regierung über, die die Autorität über diese Territorien ausübt. Deutsche Staatsangehörige können von der zuständigen Regierung zurückbefördert werden. Eine besondere Entschädigung wird für die Schäden, die französische Untertanen in der Kolonie Kamerun oder deren Grenzzone aus Kampfhandlungen oder sonstigen Eingriffen ziviler Behörden 1900 bis 1914 erlitten haben, verlangt.

China.

Deutschland verzichtet zugunsten Chinas auf alle Privilegien aus dem Schlußprotokoll von Peking vom 7. September 1901, sowie auf jede Forderung von Entschädigungszahlungen kraft dieses Protokolls, die später als am 14. März 1917 entstanden ist.

Deutschland überläßt unter Vorbehalt anderer Bestimmungen dieses Vertrages China alle Gebäude, Kasernen, Kriegsmunition, Schiffe aller Art, drahtlose Einrichtungen und anderes öffentliches Eigentum in den deutschen Konzessionen Tientsin, Hankau oder auf anderem chinesischem Gebiete. Die Gebäude mit Wohnungen von Diplomaten oder Konsuln sind ausgenommen, außerdem das deutsche öffentliche oder private Eigentum im Gesandtschaftsviertel von Peking, über welches die verbündeten Regierungen verfügen werden.

Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche wegen Internierung seiner Untertanen in China, Beschlagnahme seiner Schiffe, Liquidationen usw. seit dem 14. August 1917.

Die deutsche Wehrmacht.

Der fünfte Teil des Friedensvertrages behandelt militärische, maritime und Luftklauseln und besagt, daß zwei Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages die militärischen Kräfte Deutschlands wie folgt demobilisiert sein müssen:

Die deutsche Armee darf nicht mehr als 7 Infanteriedivisionen und 3 Kavalleriedivisionen umfassen. Die Gesamtheit der deutschen Heeresbestände, einschließlich der Offiziere und Depots darf 100 000 Mann nicht übersteigen und darf ausschließlich für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und zur Grenzpolizei verwendet werden. Der Gesamtbestand der Offiziere einschließlich der Stäbe darf 4000 nicht übersteigen. Die Infanteriedivision darf aus höchstens 410 Offizieren, 10 830 Mann und die Kavalleriedivision aus 275 Offizieren und 5250 Mann bestehen. Hierin eingerechnet ist für jede Infanteriedivision je ein Feldartillerieregiment mit 85 Offizieren und 1300 Mann. Die Division dürfen von höchstens zwei Armeekorpsstäben encadriert werden. Der Große Generalstab muß aufgelöst werden. Die Zahl der deutschen Staatsbeamten für Zölle, Forstereien und Küstenschutz darf die Zahl der im Budget 1913 vorgesehenen nicht übersteigen. Gendarmerie und Polizei dürfen nur in einem der Bevölkerungszunahme seit 1913 entsprechenden Maße erhöht werden. Zwei Monate nach Inkrafttreten des Vertrages darf die Bewaffnung Deutschlands 84 000 Gewehre, 18 000 Karabiner, 792 schwere Maschinengewehre, 1134 leichte Maschinengewehre, 63 mittlere, 189 leichte Minenwerfer, 204 77er Geschütze und 84 105er Geschütze nicht übersteigen.

Ueberrumpelung Leipzigs.

Eine überraschende Meldung kommt aus Leipzig. Am Sonntag morgen früh ½5 Uhr sind etwa 20 000 Mann Regierungstruppen eingerückt. Sie stehen unter dem Befehl des Generals Märker. Bis gegen 9 Uhr kreisten Flieger über der Stadt und warfen Flugblätter herab, in denen zur Ruhe aufgefordert und die Verhängung des Standrechtes verkündigt wurde. Inzwischen erschienen an den Anschlagsäulen Plakate mit den entsprechenden Befehlen. Gleichzeitig waren öffentliche Gebäude, die Post, der Bahnhof, die Reichsbank und andere mehr besetzt worden. Um 11 Uhr waren die Kasernen sämtlich in den Händen der Noskетruppen. Im Laufe des Vormittags waren weitere Reservetruppen eingetroffen, die sich in Lagern auf das Innere der Stadt verteilten, so auf den Augustusplatz, den Platz vor dem Reichsgericht, dem Fleischerplatz, die Börse u. a. mehr. Die Zugänge zur inneren Stadt werden sehr scharf bewacht. Maschinengewehre, Panzerautos und Tanks durchfahren die Stadt. Die Elektrischen wurden angehalten und die von den Kasernen herkommenden oder dahinfahrenden Militärpersonen visitiert, und, falls sie sich nicht genügend ausweisen konnten, in Gewahrsam genommen. Die führenden Männer des Großen Arbeiterrats Leipzigs sind bereits in den frühesten Morgenstunden verhaftet worden. General Märker wurde zum Gouverneur von Leipzig ernannt.

Grund zu diesen Maßnahmen soll die eigenmächtige Herrschaft der Unabhängigen sein, die mehrere Diktatoren eingesetzt und sich um die Anordnungen der sächsischen Regierung nicht kümmerten. Wir müssen uns vorläufig auf die telegraphische Nachricht beschränken. Diese Ueberrumpelung einer so mächtigen Industriestadt wird gewiß nicht der Weg sein, um Ruhe und Ordnung zu schaffen und mehr böses Blut erzeugen, als man die Absicht zu dämpfen hatte.

Ernährungsfragen.

Trübe Aussichten für die Fettversorgung.

Wie den P. P. N. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Zufuhren von Schmalz seitens der Entente in den letzten Wochen stark hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Es scheint, daß die Weltvorräte an Speisefetten im allgemeinen, insbesondere aber an Schmalz nicht den Umfang haben, wie dies ursprünglich angenommen wurde. Schon unter den bis jetzt von der Entente gelieferten Mengen befinden sich größere Posten von Schmalzersatz, d. h. Kunstspeisefett.

Die Bevölkerung darf sich deswegen nicht unerfüllbaren Hoffnungen hinsichtlich der Lieferung von ausländischem Speisefett wie auch hinsichtlich der Speisefettversorgung im allgemeinen hingeben, da die Margarineindustrie ebenfalls zur Zeit unter großen Produktionsschwierigkeiten leidet. Diese sind durch die Verkehrsschwierigkeiten und namentlich den Kohlenmangel hervorgerufen, unter der auch die Molkereien derart leiden, daß eine größere Anzahl von ihnen bereits zum Stillstand gekommen ist.

Es kommt vor allem darauf an, daß diese Schwierigkeiten insbesondere der Kohlenmangel durch Anspannung aller beteiligten Arbeitskräfte behoben werden, um die Fettversorgung möglichst bald zu verbessern.

Wirtschaftliches.

Die Folgen des Friedensdiktats für unsere Handelsflotte.

Wenn die Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes über die deutsche Handelsflotte Wirklichkeit werden sollten, dann würde Deutschland 3755 Schiffe mit 724 944 Brutto-Registertonnen Rauminhalt behalten, während wir bei Kriegsausbruch einen Schiffsraum von 5 599 900 Registertonnen unser eigen nannten. Die deutsche Handelsflotte würde in Zukunft nicht einmal für die kontinentale Küstenfahrt, kaum aber für die Hochseeschiffahrt und keineswegs weiter reichen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 12. Mai.

Eine Vorstand- und Ausschußsitzung des Sozialdemokratischen Vereins mit Bezirksführern findet am Donnerstag abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Vermißtennachforschung.

Die bei der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen sich bietende Gelegenheit, über das Schicksal unserer Vermißten weitgehendste Aufklärung zu erhalten, soll vom Kriegsministerium in folgender Weise ausgenutzt werden:

In den Durchgangslagern, welche die Kriegsgefangenen beim Eintreffen in der Heimat passieren müssen, erhält jeder Kriegsgefangene eine Liste der Vermißten seines Truppenteils mit Angehörigenadressen. Auf Grund dieser Listen sollen die Zurückgekehrten in den Durchgangslagern Angaben über das Schicksal ihrer Kameraden machen. Jeder behält seine Liste auch beim Verlassen des Durchgangslagers, um auch später noch weitere Angaben machen zu können.

Das Kriegsministerium kann diese Listen nicht vollständig aufstellen, da teilweise die Angehörigenadressen fehlen und noch Truppenmeldungen ausstehen. Es muß daher die Hilfe der Angehörigen in Anspruch nehmen und bittet jeden, der bisher ohne irgendeine Nachricht über einen vermißten Heeresangehörigen ist, um sofortige Uebersendung — als Heeressache, unfrankiert — einer einfachen Postkarte (keine Briefe oder Listen) mit folgendem Inhalt:

Anschriftseite:

An das
Zentral Nachweisebureau des Kriegsministeriums
Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 48.

Angabe der Adresse des Absenders:

Rückseite:

Angabe des Truppenteils, der Kompanie usw., des Dienstgrades, Namens, Vornamens, Geburtstages und Geburtsortes des Vermißten und Tag und Ort des Vermißtseins (deutliche Schrift, ohne weitere Zusätze).

Gegen Preisübervorteilung bei Verkäufen und Ausbesserungen von Schuhwaren soll das verbrauchende Publikum durch eine bereits seit 1916 bestehende Einrichtung geschützt werden, deren Existenz in der Bevölkerung noch nicht allgemein bekannt zu sein scheint. Es ist dies das „Schiedsgericht für Schuhwarenpreise" (Geschäftsstelle: Breitestraße 6, Handelskammer). Für die Preisbemessung für neue Schuhwaren und für Ausbesserungen bestehen bestimmte Richtsätze, deren Einhaltung das Schiedsgericht auf Antrag nachprüfen und nötigenfalls erzwingen kann. Ergibt die Prüfung durch das Schiedsgericht den Verdacht einer strafbaren Ueberteuerung, so hat das Schiedsgericht auch der Staatsanwaltschaft Mitteilung zu machen. Damit ist eine Handhabe gegeben, um zu verhindern, daß Schuhwarenhändler und sogen. „wilde" Reparaturanstalten die Unerfahrenheit und Notlage der Bevöl-

kerung in unerlaubter Weise ausnutzen. Ueberigens ist die zuständige Behörde sogar berechtigt, unzuverlässigen Schuhausbesserungsgeschäften den Betrieb zu untersagen.

Die Angehörigen derjenigen Gefangenen, die in Lübeck beheimatet sind und nach hier zurückkehren, werden um eingehende schriftliche Angaben ersucht, aus denen hervorgeht: Name, Alter, Beruf, frühere Zivildienststelle, Gesundheitszustand bezw. Art der Verletzung des Gefangenen sowie Adresse und Lebensstellung seiner nächsten Angehörigen. Die Angaben sind zu richten an die Landesgruppe Lübeck des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Untertrave 106.

Wiedereinlegung von Personenzügen. Ab Mittwoch, den 14. d. M., verkehren auf der Strecke Lübeck-Kleinen-Neubrandenburg die Züge ab Lübeck 7,24 vorm., 12,10 und 5,19 nachm. und an Lübeck 11,14 vorm., 4,01 und 8,53 nachm. Auch auf den Mecklenburger Anschlußlinien verkehren die Züge wie vor dem 14. April d. J.

Versendung von Büchern und Sämereien. Von jetzt ab ist die Versendung von Büchern, die vor dem 1. August 1914 gedruckt sind, nach dem besetzten Gebiet von Rheinhessen und Starkenburg zugelassen, jedoch nur als Drucksache an Buchhandlungen. Die Sendungen müssen an die zuständige Bürgermeisterei gerichtet sein. Aufschrift: An die Bürgermeisterei in N. für die Buchhandlung H. — Die Einfuhr von Büchern in Postpaketen bleibt weiter untersagt. Dagegen ist die Einfuhr von Sämereien in Postpaketen nach vorheriger Genehmigung jeder Sendung durch die Wirtschaftsabteilung der 10. französischen Armee gestattet.

Warnung vor geschäftlicher Korrespondenz mit Italien. Seit einiger Zeit gestattet die italienische Regierung den italienischen Staatsbürgern wieder, mit deutschen Staatsbürgern direkt zu korrespondieren. Nach Mitteilung des Handelsvertragsvereins ist in dieser Erlaubnis nur eine Hinterhältigkeit zu erblicken. Italien will auf dem Wege der Zensur Geheimnisse erfahren, hinter welche es noch nicht kommen konnte, insbesondere auch Kenntnis erlangen von in Italien versteckten deutschen Vermögen. Es ist Tatsache, daß seit dem Waffenstillstand noch eine große Menge deutscher Vermögen in Italien beschlagnahmt wurden. Es ist deshalb dringend davor zu warnen, daß Deutsche sich vor Abschluß des Friedensvertrages in geschäftliche Korrespondenz mit Italienern einlassen.

Die Waldschule wird am 1. Juni eröffnet werden. Die Anmeldungen der Kinder erfolgen beim Waldschularzt Herrn Dr. med. J. Meyer, in der Zeit vom 13. bis 15. Mai, nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr in der Zentrale vom Roten Kreuz. Wünschenswert ist es, wenn die Kinder von einer erwachsenen Person bei der Anmeldung begleitet werden.

Hansa-Theater. Infolge Senatsbeschlusses betr. die Trauerwoche fallen die Varieteevorstellungen aus. Dafür wird am Dienstag, 13. Mai, das Schauspielensemble des Stadttheaters in Lübeck im Hansa-Theater ein Gastspiel mit Sudermanns „Heimat" geben. Am Donnerstag Abend findet eine Wohltätigkeitsaufführung zu Gunsten der Hembergerschen Artisten statt. Zur Aufführung gelangt „Schuldig", von Richard Voß. Die Hauptrolle hat Direktor Albert Hübener übernommen.

Diebstähle. Am 9. d. M., abends, ist von der Veranda einer in der Moislinger Allee belegenen Wirtschaft ein Herrenfahrrad, Marke „Elbia", gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. Der Geschädigte sichert für die Wiedererlangung des Fahrrades entsprechende Belohnung zu. — Ein Fahrrad, Marke Dürkop, wurde am Sonnabend, dem 10. d. M., gestohlen, welches vor einem Geschäftshause am Markt hingestellt gewesen war. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und mit einem grünen Strich abgesetzte Felgen. — In der Zeit von Dienstag, den 6., bis Freitag, den 9. d. M., ist aus der Offizier-Speiseanstalt am Hüxterdamm ein blauer roidurchwirkter Perser Teppich im Werte von 2000 Mk. gestohlen worden. — Gestern, Sonntag, den 11. d. M., ist ein vor einem Hause in der Mühlenstraße hingestellt gewesenes Fahrrad mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummerschildern 8610 gestohlen worden. Das schwarz lackierte Fahrrad hat nach oben gebogene Lenkstange. — Wie bereits berichtet, sind am 4. d. M. zwei in Marineuniform gekleidet gewesene Arbeiter festgenommen, die auf zwei verschiedenen Stellen eingebrochen waren und Schreibmaschinen gestohlen hatten. Wie die weiteren Ermittelungen ergaben, haben beide auch einen Einbruchsdiebstahl in einem Wollwarengeschäft in der Königstraße ausgeführt.

* **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum 11. d. M. wurde in einem Hause der Kaiser-Wilhelm-Straße ein Einbruchdiebstahl verübt. Durch das von den Einbrechern verursachte Geräusch wurden Nachbarn auf das Treiben der Diebe aufmerksam, die sofort polizeiliche Hilfe erbaten. Dadurch gelang es, den einen der Diebe, einen in Hamburg wohnhaften 28jährigen Schlossergesellen, festzunehmen. Sein Komplize soll vor dem Erscheinen des Schutzmannes entwichen sein. Das Diebesgut wurde dem Festgenommenen wieder abgenommen.

Niendorf. Von Dieben erschossen. Heute nacht gegen 3 Uhr sah der Gemeindediener und Nachtwächter Oelkers drei Männer in Soldaten- und Marineuniform im Wartepavillon der Straßenbahn in der Nähe der Schule. Er nahm an, daß es sich um Rauchhausräuber handelte, und holte sich einen Sicherheitsmann zu Hilfe, um gemeinschaftlich festzustellen, was die Leute eigentlich für Absichten hatten. Man fand bei den Männern allerhand leere Säcke usw. vor, und als die drei den Weg nach der Wache antreten sollten, zog plötzlich einer, er trug Infanterieuniform, eine Browningpistole hervor und schoß den Gemeindenachtwächter nieder. Das Geschoß traf in die Herzgegend, durchschlug den Körper vollständig und blieb im Mantel sitzen. Oelkers brach zusammen und verschied nach einer halben Stunde. Der Sicherheitsmann machte sofort von seiner Waffe Gebrauch und schoß den Mordbuben nieder; er hat einen Bauchschuß erhalten und ist schwerverletzt ins Eppendorfer Krankenhaus eingeliefert worden. Durch die Signale aufmerksam gemacht, erschienen Gendarmen, Einwohner sowie ein auf dem Wege zur Jagd befindlicher Jäger, und es gelang, einen Räuber einzusperren und den anderen unschädlich zu machen. Sie erhielten von den Hinzugekommenen eine gehörige Tracht Prügel. Alle drei waren bis an die Zähne bewaffnet; es wurden ihnen abgenommen zwei Armee-Selbstladepistolen, eine noch mit acht Schuß geladen, und ein langes dolchartiges Messer. Die drei Festgenommenen wohnen in Hamburg.

Eutin. Der Fremdenverkehr in den oldenburgischen Ostseebädern Niendorf, Timmendorf, Scharbeutz und Haffkrug, sowie in den Luftkurorten Malente-Gremsmühlen, Schwartau usw. ist vom Arbeiterrat in Eutin vorläufig freigegeben worden. Es soll jedoch eine scharfe Beaufsichtigung der Fremden bezüglich des Hamsterns stattfinden und ebenso sollen auch die Hotels häufig auf Abgabe nicht zuständiger Speisen kontrolliert werden. Man will kein Mittel versäumen, das Hamstern und den Schleichhandel zu unterbinden, Post-, Bahn- und Polizeibehörden sollen um ihre Unterstützung gebeten werden. Jeder Hamsterer soll sofort ausgewiesen und die Hotels, die sich Uebertretungen zuschulden kommen lassen, sollen geschlossen werden. Sollten sich im Laufe des Sommers Ernährungsschwierigkeiten für die einheimische Bevölkerung herausstellen, dann soll der Fremdenverkehr sofort eingestellt werden.

Hamburg. Streik der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktricen in der Damenkonfektionsbranche. In einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung der organisierten Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktricen der Damenkonfektionsbranche wurde einmütig beschlossen, am Montag morgen die Arbeit niederzulegen. Es handelt sich um die Anerkennung des mit dem Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe abgeschlossenen Tarifvertrags, der neben einem Monatsgehalt von 175 bis 250 Mark Teuerungszuschläge von 75 bis 85 v. H. vorsieht. Dieser Tarifvertrag wurde von den Arbeitgebern der Damenkonfektionsbranche abgelehnt. Bei den am Freitag vor dem Demobilmachungsamt stattgefundenen Einigungsverhandlungen erklärten die Arbeitgeber, daß sie bis zum Sonnabend nachmittag dem Vorsitzenden des Verbandes der Zuschneider einen bestimmten Bescheid zukommen lassen würden. Da dies nicht geschehen ist, so beschloß die Versammlung einmütig, am Montag nicht zur Arbeit zu gehen. Wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, wollen sich die Arbeiter mit den Zuschneidern solidarisch erklären. — Zum Streik der Gastwirtsgehilfen. Die Forderungen der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände sind den Arbeitgebern in einem Vertrage überreicht. Zum Streik selbst ist mitzuteilen, daß bis Sonnabend nachmittag 5 Uhr über 300 Arbeitgeber (darunter die größten und besten Börsengeschäfte, Cafés und Hotels) mit zusammen etwa 6000 Angestellten diesen Tarif bereits einzeln durch Unterschrift bewilligt haben. Dieses günstige Ergebnis läßt erwarten, daß der Streik schon am Montag beendet werden kann.

Neumünster. Lohnbewegung der Eisenbahner. Vor einigen Wochen haben die Arbeiter der Eisenbahnbetriebe der Direktion Forderungen unterbreitet, die nunmehr ablehnend beschieden sind. In einer gut besuchten Vertrauensmännersitzung wurde dann mit starker Mehrheit beschlossen, nunmehr der Eisenbahndirektion einen Antrag auf Versetzung in die Lohnklasse II der bestehenden Lohnordnung zu unterbreiten. An einer Urabstimmung unter der Arbeiterschaft über diesen Beschluß beteiligten sich insgesamt 2773 Kollegen, davon stimmten dafür 2551, dagegen 220, so daß der Beschluß der Vertrauensleute also mit überwältigender Mehrheit gutgeheißen ist. Ein entsprechender Antrag mit der obigen Forderung ist bereits von der Ortsverwaltung der Eisenbahndirektion eingereicht worden. Hoffen wir, daß die Herren der Direktion für die Zeitbedürfnisse der Arbeiterschaft das genügende Verständnis besitzen und die erhobenen Forderungen im günstigen Sinne beantworten.

Flensburg. Bahnbau. Die bereits früher eingeleiteten allgemeinen Vorarbeiten für die Bahnlinie Flensburg-Husum sollen nunmehr mit Beschleunigung wieder aufgenommen und nach Lage der heutigen völlig geänderten Verhältnisse nachgeprüft werden. Den Arbeiten für die Umgestaltung der Bahnanlagen in und bei Flensburg soll jetzt ein schnellerer Fortgang gegeben werden, nachdem mit Teilausführungen schon vor einiger Zeit zur Linderung der Arbeitslosigkeit begonnen ist. Es wird damit der berechtigte Wunsch der Stadt Flensburg auf Verbesserung der nicht mehr zeitgemäßen Bahnhofsanlagen, der durch den langen Krieg eine unliebsame Verzögerung erfahren hatte, der Erfüllung näher gerückt.

Rendsburg. Streikultimatum der Polizeibeamten von Rendsburg. Die Polizeibeamten von Rendsburg haben den städtischen Kollegien ein befristetes Ultimatum gestellt, worin sie die Einreihung in eine höhere Gehaltsklasse und Erhöhung des Kleidergeldes mit der Drohung fordern, daß bei einer nicht restlosen Bewilligung die Polizeibeamten den Schutz der Personen und des Eigentums nicht mehr in der bisherigen Weise sich angelegen sein lassen könnten. Die städtischen Kollegien haben den Antrag einstimmig abgelehnt, weil das Gehalt der Polizisten dem keiner anderen Stadt nachstände und man die Initiative des Staates abwarten wolle.

Geestemünde. Ein grauenhaftes Unglück hat sich auf Tecklenborgs Werft ereignet. Dort waren vier Arbeiter mit Ausstemmen beschäftigt. Plötzlich ertönte ein furchtbarer Knall. Man fand den einen der Arbeiter, Janke, in verstümmeltem Zustande und tot vor, während die anderen drei Arbeiter schwerverletzt auf dem Arbeitsplatz lagen. Bei näherem Nachsehen fand man einen Granatzünder. Ob nun die Leute damit hantiert haben, was doch wohl nicht gut anzunehmen ist, oder wodurch das Unglück entstand, konnte noch nicht festgestellt werden. Die drei schwerverletzten Arbeiter mußten sofort zum Krankenhause geschafft werden.

Schwerin. Für die Prügelstrafe traten im Verfassungsausschuß des Landtages die Deutschnationalen ein. Eine Verordnung vom 27. November 1918 schafft die körperliche Züchtigung in den Anstalten ab. Die Deutschnationalen erklärten, daß sie sich nicht denken könnten, wie ohne körperliche Züchtigung in den Anstalten auszukommen sei; sie hielten eine ordentliche Tracht Prügel für ein gutes Erziehungsmittel. Von der Regierung wurde ausgeführt, daß die Aufhebung der körperlichen Züchtigung durch traurige Vorkommnisse im Landesarmen- und Arbeitshause in Güstrow veranlaßt sei. Das Prügelrecht war noch ein Mittel des alten Polizeistaates, daß jetzt in dem neuen Freistaat als unwürdig endlich beseitigt werden mußte.

Bremen. Gegen den Generalstreik erklärten sich die Staatsarbeiter Bremens in einer am 8. Mai abgehaltenen Versammlung. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen in der es heißt, daß sie sich zukünftig nicht mehr zu politischen Streiks mißbrauchen lassen.

Theater und Musik.

Aus der Kunstwelt. Zu den Unverständlichkeiten, an denen das Lübecker Kunstleben im verflossenen Winter besonders reich war, gehört auch die Kaltstellung des ersten Kapellmeisters am Stadttheater, Herrn Wetzler, der während seiner mehrjährigen hiesigen Wirksamkeit sich als ein Dirigent von hervorragenden Fähigkeiten erwiesen hatte und dessen ernster, stets von hoher Achtung für das von ihm wiedergegebene Werk und seinem Verständnis für die Absichten des Schöpfers getragener Arbeit die Musikfreunde viele genußreiche, schöne Aufführungen verdankten. Den Schaden aus dieser Maßregelung hat neben dem direkt Betroffenen vor allem die Bevölkerung, denn da Wetzler nicht ersetzt worden ist, mußten sie sich oft mit weniger Gutem als sonst begnügen. Doch nicht genug damit, daß man so die Tätigkeit eines echten Künstlers lahm legte, nein, man entzog ihm auch als Schaffenden die Möglichkeit, durch seine Musik zum Publikum zu sprechen. Ohne Mitteilung von irgendwelchen Gründen wurde vom Programm eines der letzten Symphonie-Konzerte des Vereins der Musikfreunde Wetzlers Ouvertüre zu „Wie es Euch gefällt" abgesetzt. Diese Komposition wurde nun in der vorigen Woche unter Nikisch, dem bedeutendsten aller heute lebenden Kapellmeister, mit dem Berliner Philharmonischen Orchester zur Wiedergabe gebracht. Es dürfte auch unsere Leser interessieren, was Schaub, der Kritiker des „Hamb. Korr." in seinem Blatte darüber schreibt: „Hermann Hans Wetzler, ein Musiker von hohem Rang und erfüllt von edlem, kultiviertem Kunstwollen, darf nächst seinem starken Talent dem Geschick danken, daß, nach Straußens und Nikischs Vorgang, heute kaum ein Dirigent an der klangschönen, meisterhaft gemachten Musik zu „Wie es euch gefällt" vorbeisehen kann. Daß in einem einzigen Jahre 42 Aufführungen des lieblichen Stückes Wetzlers jungen Komponisten-Ruhm durch ganz Deutschland getragen haben. Er darf sich beklagen, daß seine verdienstliche Lübecker Tätigkeit als Opernkapellmeister an Konflikten mit dem seinerzeit als Regisseur hier nie in bemerkenswerter Weise aufgefallenen, jetzigen Stadttheater-Direktor v. Bongardt scheiterte. Wes Geistes Kind Wetzler ist, zeigt sein prächtiges Werk, dem wir, gelegentlich seiner Aufführung unter Hausegger, bereits Worte wärmster Anerkennung widmen konnten, zur Genüge. Von blühendem Leben erfüllt, mit allem Raffinement des erfahrenen und starken Könnens gemacht, wird diese, von Shakespeares Geist befruchtete Ouvertüre sich die Konzertsäle weiter erobern und ihrem Schöpfer den ihm gebührenden Platz erringen. Sache derjenigen, denen Wetzlers Persönlichkeit und Schaffen wert geworden ist, wird es nun aber sein müssen, dafür zu wirken, daß die Hemmungen, welche der Entfaltung dieses reichen Talentes entgegenstehen, aus dem Wege geräumt werden. Es ist genug an dem, was Wetzler bereits erfahren hat. Meister Nikisch, der Gütige, mit klarem, untrüglichem Blicke für Wert und Unwert Begabte, schenkte der Ouvertüre seine ganze Liebe und ward ihr damit ein beredter Fürsprecher. Alles was in ihr sprüht und webt, die Episoden voll feinem, geistreichem Humor, wie die innige, klanglich so poetische Liebes- und Waldszene, kamen gestern in gleicher Vollkommenheit zu Gehör. Desgleichen die interessante kontrapunktische Arbeit und die zahlreichen Feinheiten des instrumentalen Gewebes. Der Erfolg war dementsprechend ein großer und für den bescheidenen Meister Wetzler höchst ehrenvoller."

Aus Nah und Fern.

Plündererkrawalle in Oberschlesien. In Sosnitza wurde ein Lebensmittellager geplündert. Auf dem Rückwege nach Hindenburg begegneten die mit Handgranaten und Revolvern bewaffneten Haufen einer Polizeipatrouille, auf die sie ein Feuer eröffneten. Die Polizei erwiderte das Feuer, wobei ein Plünderer getötet und einer schwer verwundet wurde.

Streik im Wiener Kriegsministerium. Sonnabend begann ein eintägiger Streik sämtlicher Angestellten des liquidierenden Kriegsministeriums und aller Bediensteten des Staatsamtes für das Heerwesen. Es handelt sich um 100 Personen, die erhöhte Löhne beanspruchen.

Höhenflug. Nach einer Pariser Meldung hat der französische Flieger Lecointe mit seinem Eindecker den bisherigen Welthöhenrekord geschlagen. Er hat eine Höhe von 8200 Metern erreicht. Dabei wurden 35 Grad Kälte gemessen.

Deutscher Kindertransport nach Schweden. Vorigen Freitag ging ein Transport von 550 erholungsbedürftigen Kindern vom Stettiner Bahnhof in Berlin nach Schweden ab. Unter ihnen befanden sich auch 196 österreichische Kinder. Sie werden in der Provinz Skane untergebracht und verbleiben dort drei Monate.

Neueste Nachrichten.

Eine falsche Rechnung.

Berlin, 12. Mai. Die „Freiheit" schrieb vor wenigen Tagen, daß die wirtschaftlichen Forderungen der Entente die Grundlagen für den Sozialismus zertrümmerten. Jetzt kommt in demselben Blatt Professor Ballod und tut so, als ob die Erfüllung der Ententeforderungen eine Kleinigkeit wäre, — man müsse nur zur sofortigen Sozialisierung übergehen. Ein kapitalistisches Deutschland, so sagt Ballod, werde unter den Ententelasten allerdings zugrundegehen, der Sozialismus bringe aber, sie und noch vieles andere auf. Das sucht Ballod an Phantasiezahlen nachzuweisen, wobei er 90 Prozent der Ententeforderungen glatt unterschlägt. Es ist z. B. charakteristisch, daß er die Erfüllbarkeit der Auslieferung Wilhelms — woran kein Sozialist gezweifelt hat — breitspurig hervorhebt, aber von der Auslieferung der 150000 Milchkühe usw., der Handelsflotte, der Binnenflotte usw. kein Sterbenswörtchen redet. Die Kohlenlieferung an Belgien und Frankreich von ca. 40 Millionen Tonnen jährlich, zu der wir verpflichtet sind, läßt er auf 7 Millionen zusammenschmelzen, die bare Kriegsentschädigung von vorläufig 100 Milliarden auf 20 Milliarden und so Punkt für Punkt. Dann steigert er noch willkürlich unsere künftige Produktion auf das Doppelte der früheren Friedensproduktion. — Gewisse Professoren richten nicht nur bei den Alldeutschen Schaden an, sie mischen sich überall ein, wo es gilt, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und die Köpfe zu verdrehen.

Die U. S. P. zum Friedenvertrag.

Berlin, 12. Mai. Die unabhängige sozialdemokratische Partei beschloß, in der Nationalversammlung Verhandlungen mit der Entente zu verlangen, den Friedensvertrag als solchen aber nicht ohne weiteres abzulehnen.

Angedrohter Rücktritt der Demokraten aus der Regierung.

Berlin, 12. Mai. Herr v. Payer hat dem Ministerpräsidenten im Namen der Demokratischen Partei mitgeteilt, daß sie entschieden gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages in seiner jetzigen Form seien und daß die Partei ihre Mitglieder aus der Regierung zurückziehen werde, falls sich die Regierung für die Unterzeichnung entscheide. Die gleiche Haltung gedenkt das Zentrum einzunehmen.

Die Lage in Leipzig.

Leipzig, 12. Mai. (Tel.-Union.) Die Nacht zum Sonntag ist ruhig verlaufen, ebenfalls der heutige Montag. Das Großstadtleben nimmt seinen gewohnten Gang. Vom angekündigten Generalstreik ist nichts wahrzunehmen. An die arbeitende Bevölkerung wurde ein gemeinsamer Aufruf erlassen, der von Mylau, General Märker und dem Oberbürgermeister unterzeichnet ist, in dem mitgeteilt wird, daß die Truppen nicht als Feinde der Arbeiter gekommen seien. (Das wäre noch schöner! Red.)

Unruhen in Eisenach.

Eisenach, 12. Mai. Auf dem Marktplatze fand eine Protestversammlung statt, die verhältnismäßig ruhig verlief. Im Anschlusse daran wurde ein Demonstrationszug veranstaltet. Der Oberbürgermeister wurde vom Arbeiterrat aufgefordert, sich an diesem Demonstrationszuge zu beteiligen. Dieser Aufforderung leistete der Oberbürgermeister Folge, wurde aber, als er auf dem Marktplatze kam, von einigen Leuten körperlich angegriffen. Es gelang einigen Besonnenen, den Oberbürgermeister zu schützen. Der Oberbürgermeister hielt eine Ansprache, worauf sich die Menge beruhigte. Die Menge zog dann zum Gericht und demolierte die Einrichtung zum Teil und zerstörte auch teilweise die Akten. Dasselbe wollte sie bei einer Polizeiwache tun, wurde aber daran verhindert.

Streik in den Kalibergwerken Staßfurt und Leopoldshall.

Frankfurt a. M., 12. Mai. In sämtlichen Kalibergwerken von Staßfurt und Leopoldshall ist ein allgemeiner Streik wegen Lohnstreitigkeiten ausgebrochen.

Einfuhr Schweizer Lebensmittel.

Zürich, 12. Mai. Unterhandlungen über die Ausfuhr von entbehrlichen Lebensmitteln aus der Schweiz nach den Mittelmächten — es handelt sich um die Lieferung von kartenfreiem Mehl und Trockengemüsen — sind soweit vorgeschritten, daß ein Delegierter der deutschen Regierung in diesen Tagen in Berlin formulierte Vorschläge dem eidgenössischen Ernährungsamte unterbreiten kann.

Sturmzeichen in Frankreich.

Genf, 12. Mai. In einem Leitartikel der „Humanite" berichtet Marcel Cachin von einem unscheinbaren aber bezeichnenden Vorgang: „Unsere Genossen in Bordeaux haben vor einigen Tagen gegen den Spruch der 12 Geschworenen des Seinetribunals (gemeint ist die Freisprechung des Mörders von Jaures) eine Kundgebung veranstaltet. Mehr als 25 000 Arbeiter haben mit flatternden roten Fahnen die große Stadt in vollkommenster und eindrucksvollster Ordnung durchzogen. An einer Straßenkreuzung hält ein Lastkraftwagen, der mit Soldaten, die zur Arbeit fahren, voll besetzt ist. Alle Mann erheben sie sich im Wagen und legen die Hand salutierend ans Käppi, um die revolutionären Banner zu grüßen, solange sie an ihnen vorbeiziehen." — Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die französischen Soldaten dem Marschbefehl folgen werden, der ihnen bei Ablehnung des Friedensvertrages durch Deutschland erteilt werden würde. Aber ebensowenig kann es zweifelhaft sein, daß auch im französischen Heere viel Zündstoff aufgehäuft ist.

Verbotene Protestkundgebungen.

Genf, 12. Mai. Die in Paris und im Seine-Departement anberaumten Versammlungen gegen den Gewaltfrieden wurden durch den Militär-Gouverneur verboten.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Der lebende Korbmacher im Schaufenster!

In sämtlichen Fenstern des Schrangen Ausstellung kunstgewerblicher Gegenstände aus Korbgeflecht. -:- Die Herstellung dieser Arbeiten wird im letzten Fenster des Schrangen täglich, außer Sonntags, von 9–1 und von 3–6 Uhr vorgeführt.

Rudolph **Karstadt** Kom.-Ges.

Lübeck.

2051

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands.

Filiale Lübeck.

Versammlung

am Dienstag, dem 13. Mai abends 6 Uhr

im „Gewerkschaftshaus Zimmer 11 und 12.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu unserer Tarifkündigung und Berichte.

2038) Die Ortsverwaltung.

HANSA THEATER

Dienstag, abends 7 Uhr:

Gastspiel des Stadt-Theaters Lübeck: 2054

Heimat.

Schauspiel v. H. Sudermann.

Mittwoch: Geschlossen.

Donnerstag:

Schuldig.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 2034

Montag, den 12. Mai,

Struensee.

Dienstag, den 13. Mai:

Die Meistersinger von Nürnberg.

Hans Sachs: Jan Mergelkamp vom Stadttheater in Stettin.

Mittwoch, den 14. Mai:

Traviata.

DISCONTO-GESELLSCHAFT

SCHÜSSELBUDEN 15 **FILIALE LÜBECK** SCHÜSSELBUDEN 15

BANKMÄSSIGE GESCHÄFTE ALLER ART

STAHLKAMMER

DG

STAMMSITZ BERLIN

ZAHLREICHE NIEDERLASSUNGEN IN DEUTSCHLAND UND BANKVERBINDUNGEN IN ALLEN TEILEN DER WELT

KAPITAL UND RESERVEN **444.000.000 M**

2029

Volkskraft-Bund

Vereinigung zur Förderung der körperlichen, geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte aller Volksgenossen.

Dienstag, den 13. Mai 1919

½8 Uhr abends

im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)

Vortrag

von

Dr. Korsch

Die Bedeutung der Revolution.

Eintritt frei für Jedermann!

Aufklärende Druckschriften kostenlos in der Buchhandlung Bernhard Nöhring, Breite Straße 61 a, wo auch Mitgliederanmeldungen entgegengenommen werden. (2040

Maifestzeitung 1919.

30 Pfg.

Infolge Verkehrsstörung verspätet eingegangen.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr.

Universal-Waschpasta

genehmigt vom K. A. Ztr. Mk. 50,—.

Bohrpasta, vorzüglich schäumend,

Lederfett, Schuhcreme, Carbolineum

in hervorragenden Qualitäten prompt lieferbar.

Tüchtige Vertreter gesucht. [Z

2041 **C. Hauschild, Altenburg S/A.**

Die Nacktheit. [Z

Behördlich freigegeben. 20 verschied. entzückende Akt- und Modellkarten. 20 Karten Mk. 3.—, 100 Karten Mk. 12.50. Porto extra. Interessante Bücherliste 30 Pfg. Voreinsendung oder Nachnahme **O. Fischer, Berlin-Halensee,** Markgraf-Albrechtstr. 4. Postscheck 52 40. Berlin. (2026

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (2027

Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.

Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Straße 54 u. Hüxstraße 71.

Sektions-Versammlung

der Hausdiener, Fensterputzer u. Austrägerinnen

am Dienstag, dem 13. Mai abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus" Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Besprechung über unsere bestehenden Tarifverträge.
2. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ist unbedingt erforderlich.

2088) **Der Vorstand.**

Krankenkasse u. Sterbekasse gewerbl. Arbeiter

Außerordentliche General-Versammlung

am Mittwoch, dem 11. Juni, abend 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstrasse 50—52.

Tagesordnung:

Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats: Abänderung des § 8, Absatz 1 und 5, § 11, Absatz 1 und § 13, Absatz 1.

Die Anwesenheit der Mitglieder ist dringend geboten. (2045

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. **Der Vorstand.**

Eine Küchen-Abwasche mit Zinkeinlage preiswert zu verkaufen.

2046) Brolingstraße 6.

Nähmaschinen aller Systeme, sowie Fahrräder repariert schnell u. z. solid. Preis. **F. Langer,** Krähenstr. 27.

2030) Telephon 2338.

Arbeiter-Gesangverein Kücknitz.

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 14. Mai, abends 7 Uhr

bei Faase.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

2032) **Der Vorstand.**

Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter

Dienstag, 13. Mai, abends 8 Uhr:

Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Tagesordnung: Stellungnahme zum neuen Lohnangebot des Unternehmers.

Referent: Kollege **Kummer-Hamburg.** (2048

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Beilage zu Nr. 109.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 12. Mai 1919

Politische Rundschau.

Deutschland.

Rückkehr der Deutschen aus dem Baltikum.

Nach wiederholten Vorstellungen genehmigten die Alliierten die Entsendung des Dampfers „Ostsee" nach Riga, der die dort befindlichen Deutschen zurückführen will. Ferner stimmten die Verbündeten dem Deutschen Ersuchen zu, den Dampfer „Hannover" nach Reval und Libau schicken zu dürfen, um die zurückgebliebenen deutschen Staatsangehörigen und Deutsch-Balten abzuholen.

Die Amerikaner haben mit der Lieferung von Lebensmitteln für die Kommunen Libau, Windau, Tuckum und Goldingen wieder begonnen, nachdem sie zu der Auffassung gelangt sind, daß die jetzige politische Lage nichts mehr mit dem Staatsstreich vom 16. April zu tun habe.

Die Dänen lehnen zu viel Segen ab.

Der „Temps" veröffentlicht eine Aeußerung des dänischen Gesandten in Paris, der seine Bedenken über den Umfang der von der Entente gewollten Anschließung Schleswig-Holsteins an Dänemark nicht unterdrückt. Er erklärt übrigens, daß die Alliierten das Gebiet der Volksabstimmung erheblich weiter nach Süden gelegt haben als die dänische Regierung vorgeschlagen hatte. Die Dänen haben keine Gebietsangliederung der dritten Zone zwischen Schlei—Dannewerk—Husum gefordert. — Die dänische Regierung telegraphierte dem dänischen Gesandten in Paris, daß Dänemarks Regierung und Reichstag an ihrem früher festgelegten Standpunkt festhalten, mit anderen Worten, das offizielle Dänemark will eine Abstimmung nur in der ersten und zweiten Zone Schleswigs. Der frühere Reichstagsabgeordnete Nord-Schleswigs Hansen, erklärt: „Sollte die Abstimmung dieses Gebiet unter Dänemark bringen, würde dies für Dänemark einen Bevölkerungszuwachs von gegen 400 000 Menschen bedeuten, wovon in Wirklichkeit nur 120 000 Dänen wären. Dies würde ein nationales Unglück für unser Land, eine Quelle neuer Zerstörungen, die um jeden Preis vermieden werden muß."

Das Abkommen über die Kriegsgefangenen.

Abteilung 6 des Friedensvertrages sieht vor, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Friedens in die Heimat zurückgesandt werden. Die Durchführung des Abkommens wird von seiten der Alliierten durch besondere Unterausschüsse geregelt. Die Gefangenen werden nach ihrer Freilassung auf Kosten der deutschen Regierung in die Heimat zurückgebracht, auch dann, wenn ihr Wohnsitz im besetzten Gebiet liegt. Für diesen Fall ist allerdings die Zustimmung und die Kontrolle der Okkupationsbehörden abhängig.

Fronarbeit in Belgien.

Wie die P. P. N. an zuständiger Stelle erfahren, liegen aus dem Saargebiet sichere Meldungen vor, daß die französischen Behörden des Saarreviers sich mit der Absicht tragen, jugendliche Arbeiter im Alter von 14—18 Jahren zu Zwangsarbeiten nach Belgien deportieren zu wollen. Es wurde daher in Spaa um Aufklärung über diese Angelegenheit ersucht.

Zur Kriegsgefangenenfrage

hat der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Graf Brockdorff-Rantzau, an Clemenceau eine Note gerichtet, die baldige Erledigung dieser Frage empfiehlt. Es wird erfucht, die seelische und körperliche Verfassung der Heimzukehrenden zu heben und insbesondere in der Ernährung und Kleidung zu helfen. Notwendig sei, gegen Erstattung der Kosten eine völlige Neueinkleidung mit Unter- und Zivilobekleidung und Schuhzeug vor dem Abtransport vorzunehmen. Die deutsche Friedensdelegation hält mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Rechtsauffassung in den einzelnen Ländern eine grundsätzliche Einbeziehung auch derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich wegen anderer als disziplinarer Vergehen in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden, in bedingungslose Heimsendung für unerläßlich.

Referendar Döbbecke.

In Allenstein wurde vor einiger Zeit der Referendar Döbbecke, ein Mitglied der Unabhängigen, aus politischen Gründen gemaßregelt. Die „Sozialistische Korrespondenz" teilt jetzt mit, daß Döbbecke im Kriege umfangreiche Schiebungen mit Lebensmitteln und Waren aller Art getrieben habe. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren wegen Kettenhandels usw. ist nur durch die Amnestie nicht zur Erledigung gelangt. Einem seiner Vorgesetzten hat Döbbecke in einem Flugblatt auf leichtfertige Redereien hin Homosexualität vorgeworfen. Nach der Enthüllung dieser Dinge hat der Vollzugsrat Allenstein Döbbecke einstimmig ausgeschlossen. Erst später hat ein neugewählter Vollzugsrat ihn wieder aufgenommen.

Zum internationalen Arbeitsrecht

hat Brockdorff-Rantzau der Friedenskonferenz ebenfalls eine Note überreicht, in der sie es für notwendig erachtet, noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorganisationen und Arbeitergewerkschaften aller vertragschließenden Länder zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen. Die deutsche Delegation hält es für zweckdienlich, den Verhandlungen dieser Konferenz auch die von den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern (5. bis 9. Februar, Programm für die internationale Arbeitergesetzgebung an der Friedenskonferenz in Paris) zugrundezulegen. Im Auftrage der Gewerkschaften Deutschlands ist ein Abdruck dieser Beschlüsse beigefügt, die zum größten Teil in Deutschland verwirklicht sind.

Ungarn.

Gegenrevolutionäres. Die ungarische Räterepublik leistet sich eine Justiz, von der selbst die „Wiener Arbeiter-Zeitung", die die K. u. K. Kriegsjustiz so gründlich kennt, sagt, daß sich diese ungarische Justiz mit keiner anderen vergleichen lasse. Abfällige Reden werden mit 10 langjährigen Zuchthausstrafen geahndet, daß sich die schlimmsten Blutrichter des wilhelminischen Preußens beschämt fühlen müssen. Es ist nicht erstaunlich, daß ein derartiges Regieren Verschwörungen hervorruft, wobei natürlich nicht zu leugnen ist, daß gegen jedes sozialistische Regime eine starke Reaktion der Kapitalisten und Militaristen arbeitet.

In Budapest wurde ein umfangreicher antisemitisch-revolutionärer Putsch durch die Polizei entdeckt, an dem hauptsächlich Offiziere und Junker beteiligt waren. Der Haupträdelsführer war ein Oberstleutnant Dormandy. Der Plan war, eine Bande von 300 bis 400 Leuten zu sammeln und zu bewaffnen und auf ein gegebenes Zeichen, das eine durch einen rumänischen Flieger geworfene Bombe sein sollte, die Burg, die Ministerien, Post, Telegraph, Bahnen usw. zu besetzen, die Volkskommissare zu verhaften und die Kasernen zu sperren. Während dieser Zeit sollte eine Batterie die Stadt beschießen, nachdem auch der Batteriekommandant zu den Gegenrevolutionären gehörte. Auch ein Pogrom wurde vorbereitet.

Die Blätter melden aus Fürstenfeld, daß die Hilferufe aus den westungarischen Gemeinden andauern. Die Rotgardisten requirieren dort alles und verschleppen Lebensmittel und Güter. In St. Gotthard erschien ein Budapester Ausschuß und verschleppte Fabrikwaren im Werte von 10 Millionen Kronen, deren Besitzer deutschösterreichische Fabrikanten sind.

Nach einer Meldung des christlich-sozialen Wiener „Deutschen Volksblattes" haben die Rumänen an der Theiß eine Niederlage erlitten und sich auf das linke Ufer zurückgezogen; der Widerstand der roten Armee wurde jedenfalls stärker. Tatsache ist, daß die angekündigte Besetzung Budapests durch Ententetruppen stark auf sich warten läßt.

Ein politischer Mord. Nach einer Blättermeldung wurde der ehemalige Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Ludwig Navay ermordet. Navay war mit mehreren Großgrundbesitzern in Mako verhaftet, von wo er nach Budapest gebracht werden sollte. In einer Station zwischen Szegedin und Budapest wurde Navay aus dem Wagen gerissen und erschossen.

Belgien.

Die Ansprüche auf Deutsch-Ostafrika. Die belgische Delegation veröffentlicht folgende Note: Hymans wurde zu Wilson gebeten, wo er vor dem Viererrat die Ansprüche Belgiens auf Deutsch-Ostafrika in Erinnerung brachte. Im Anschluß an diese Unterredung berief Lloyd George den britischen Kolonialminister Lord Milner nach Paris. Nach der Ankunft des Ministers wird die Angelegenheit des Mandats über Ostafrika zusammen mit der Hymans einer erneuten Prüfung unterzogen.

Holland.

Frauenstimmrecht. Die niederländische Zweite Kammer hat einen Antrag auf Einführung des aktiven Frauenstimmrechtes mit 64 gegen 10 Stimmen angenommen.

England.

Sie wollen keine Soldaten mehr sein. Die Polizei ist einer Verschwörung auf die Spur gekommen, die bewirkt hat, daß eine große Anzahl Soldaten auf eigene Hand die Demobilmachung durchführen will, davon ausgehend, daß sie nur für höchstens sechs Monate nach Kriegsschluß angeworben sind und daß am 11. Mai sechs Monate nach Schluß der Feindseligkeiten verlaufen waren. Vor einigen Monaten wurde, wie jetzt bekannt wird, eine Liga der Soldaten, Matrosen und Flieger gebildet, die hinter der Bewegung steht.

China.

Drohung mit Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages. China hat seine Delegierten in Paris beauftragt, einen Frieden, der Japan die deutschen Rechte in Schanghai zugesteht, nicht zu unterzeichnen. — In Peking wurde für die Scharlungfrage demonstriert und volles Souveränitätsrecht gefordert. Die Teilnehmer einer Versammlung zogen zu den Gesandschaften der Alliierten, um die Gesandten zu ersuchen die Proteste ihren Regierungen zu übermitteln. Der Zug begab sich sodann zu dem Hause des Finanzministers, das in Brand gesteckt wurde, und nach der Wohnung des chinesischen Gesandten in Japan, der aus dem Hause geholt und schwer mißhandelt wurde.

Amerika.

Unruhen am 1. Mai. Nach den nunmehr vorliegenden Berichten der amerikanischen Blätter ist der 1. Mai in Amerika teilweise sehr unruhig verlaufen. In Newyork ist es im Verlaufe der Kundgebungen mehrfach zu heftigen Zusammenstößen gekommen. Unter anderen hat ein etwa aus 100 Soldaten und Matrosen bestehender Haufen das Gebäude einer sozialistischen Zeitung angegriffen. In dem Handgemenge sind fünf Angreifer schwer verwundet worden. In Boston fanden ebenfalls während der Umzüge zwischen Soldaten und Manifestanten heftige Zusammenstöße statt. Es wurde mehrfach von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Zahlreiche Personen wurden verwundet. Etwa 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. Besonders schwere Tumulte erlebte die Stadt Cleveland, Ohio, die am Nachmittag der Schauplatz schwerer Unruhen war, bei denen Arbeiter, Soldaten und Polizei ins Handgemenge kamen. Besonders tumultuarisch gestaltete sich der Zusammenstoß auf der Hauptverkehrsader der Stadt, wo ein Zug Manifestanten, Soldaten und Matrosen mit einer roten Fahne vorangingen, mit einem Truppen- und Polizeiaufgebot zusammenstieß. Auch hier wurde von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Es sind nicht weniger wie zweihundert Personen verwundet und 150 verhaftet worden. Die bedeutendsten Führer der Sozialisten sind hinter Schloß und Riegel gebracht. Auch ein Toter war zu verzeichnen.

Postverkehr. Das amerikanische Departement für das Postwesen teilt mit, daß der Postverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, Oesterreich, Jugoslawien und der Tschechoslowakei via Niederlande wieder aufgenommen wird. Vorläufig werden nur eingeschriebene Briefe

---

Mein Reisegefährte.

Erzählung von Maxim Gorjkij.

8. Fortsetzung.

Ich wollte es erst als Scherz auffassen, aber, o weh! Er verstand es, mich vom Ernst seines Vorhabens zu überzeugen. Er versicherte mir das so schlagend und klar, daß ich, anstatt wütend zu werden über ihn und seinen naiven Zynismus, vielmehr von einem Gefühl tiefen Mitleids mit ihm und übrigens auch — mit mir selber ergriffen wurde. Was kann man denn anders fühlen, einem Menschen gegenüber, der dir mit hellstem Lächeln und im aufrichtigsten Tone erzählt, daß er die Absicht gehabt hat, dich zu morden? Was soll man mit ihm machen, wenn er dieses Vorhaben als einen hübschen, geistreichen Witz betrachtet?

Ganz erregt schickte ich mich an, ihm die ganze Unmoralität seiner Absicht zu beweisen. Er erwiderte mir sehr einfach, daß ich seine Vorteile nicht verstünde und vergäße, daß er mit einem falschen Paß lebe und daß man dafür nicht gerade gelobt zu werden pflege . . . Plötzlich stieg in mir ein grausamer Gedanke auf . . . .

„Halt," sagte ich, „und du glaubst wirklich daran, daß ich dich ertränken wollte?"

„Nein! . . . Als du mich ins Wasser stießest — glaubte ich es, als du aber selber hineinstiegst — glaubte ich es nicht!"

„Gottlob!" rief ich aus. — „Nun, dafür wenigstens danke ich dir!"

„Nein, sprich nicht danke! Ich sage dir, danke! Dort, am Feuer, dich hat gefroren, mich hat gefroren . . . Der Tschekmenj war dein — du nahmst ihn nicht für dich. Du hast ihn getrocknet und mir gegeben. Aber für dich selbst nichts nahmst du. Da hast du Dank! Du bist ein sehr guter Mensch — ich verstehe. Wir werden nach Tiflis kommen, für alles wirst du kriegen. Zum Vater werde ich dich bringen. Werde dem Vater sagen — das ist ein Mensch! Füttere ihn, tränke ihn, mich aber schließe ein zu den Tschacken (wohl ein grusinischer Ausdruck für Schwein) in den Schweinestall. So werde ich sagen! Leben bei uns wirst du, wirst ein Gärtner sein, wirst Wein trinken, essen was du willst! . . . . Ach, ach, ach! . . . Sehr gut wirst du leben! Sehr einfach! . . . Trink, iß aus einer Schüssel mit mir! . . ."

So schilderte er lang und ausführlich die Reize des Lebens, das er mir bei sich in Tiflis einzurichten vor hatte. Ich aber mußte während seiner Reden über das große Unglück jener Menschen nachdenken, die, ausgerüstet mit einer neuen Moral und neuen Bestrebungen, einsam ihren Weg vorwärts gehen, im Leben verschlagen werden und dann auf ihrem Wege Reisegefährten treffen, die ihnen fremd und nich timstande sind, sie zu verstehne. . . . Schwer ist das Leben solch einsamer Wanderer! Willenlos werden sie in der Luft herumgetrieben . . Aber sie treiben da herum, wie Samen guter Aussaat, wenn auch nur selten ein Korn aufgeht in fruchtbarem Boden. . . .

Der Morgen dämmerte. Das ferne Meer erglänzte schon in rosigem Golde.

„Ich will schlafen!" sagte Schackro.

Wir machten Halt. Er legte sich in eine Grube, die vom Wind aufgewühlt war in dem trockenen Sande, nicht weit vom Ufer, und den Kopf in den Tschekmenj einhüllend, schlief er bald ein. Ich saß neben ihm und schaute aufs Meer hinaus.

Es lebte in seinem weiten Leben voll mächtiger Bewegung. Reigen von Wellen rollten rauschend auf das Ufer los und zerschlugen sich im Sande, der leise zischte, indem er das Wasser einsaugte. Die weißen Mähnen schüttelnd, schlugen die vordersten Wellen mit der Brust gegen das Ufer und traten dann, von ihm zurückgeschlagen, wieder den Rückzug an, aber ihnen begegneten schon wieder andere, die kamen, um ihnen Beistand zu leisten. Sich fest umarmend in Schaum und Gischt, rollten sie von neuem auf das Ufer los und schlugen es, im Streben die Grenzen ihres Lebens zu erweitern. Vom Horizont bis zum Ufer, in der ganzen Ausdehnung des Meeres, entstanden diese biegsamen, kräftigen Wellen und unaufhörlich gingen sie, in dichter Masse, eng miteinander verbunden durch die Gemeinsamkeit des Zieles. Die Sonne beleuchtete immer heller ihre Rücken, und bei den fernen Wogen am Horizonte erschienen sie blutigrot. Nicht ein einziger Tropfen ging spurlos verloren in diesem titanenhaften Wogen der Wassermasse, die wie durch irgend ein bewußtes Ziel beseelt schien und hier durch jene breiten, rhythmischen Schläge es erreichte. Hinreißend schön war die Tapferkeit der vordersten, die hitzig auf das schweigende Ufer losprangen, und herrlich war der Anblick, wie hinter ihnen in ruhigem Verein das ganze Meer folgte, das mächtige Meer, schon gefärbt von der Sonne in allen Farben des Regenbogens und erfüllt von dem gemessenen Bewußtsein seiner Schönheit und Macht . . .

Hinter dem Kap, die Wellen durchfurchend, kam ein riesiger Dampfer hervor, und voll Würde auf dem aufgeregten Schoße der See sich wiegend, zog er schnell über die Rücken der Wellen dahin, die wie toll sich auf seine Borde stürzten. Schön und kräftig, glänzend in der Sonne mit seinen Metallteilen, hätte er zu einer anderen Zeit in einem vielleicht den Gedanken wachrufen können, wie das stolze Wirken der Menschen sich die Naturkräfte unterwirft . . . Aber neben mir lag ein Mensch — der war selber so eine Naturkraft.

8. Kapitel.

Wir gingen durch das Gebiet des Terek. Schackro war zum Verwundern zerzaust und zerlumpt und teuflisch böse, trotzdem er jetzt keinen Hunger mehr litt, weil es reichlich zu verdienen gab. Er zeigte sich gänzlich unfähig zu irgend welcher Arbeit. Einmal hatte er es versucht, bei einer Dreschmaschine das Stroh abzunehmen, war aber schon nach einem halben Tag weggelaufen, weil er sich mit der Gabel blutige Blasen in die Hände gerieben hatte. Ein anderes Mal wurden Kreuzdornbäume ausgerodet, dabei hatte er sich mit der Rodehaue die Haut vom Halse abgeschunden.

Wir gingen sehr langsam, ein paar Tage wurde gearbeitet und einen Tag marschiert. Im Essen war Schackro äußerst unmäßig, und dank seines üppigen Lebens war es mir unmöglich, so viel Geld zu ersparen, daß wir imstande gewesen wären, uns irgend einen Teil der Kleidung neu zu verschaffen.

Und bei ihm hatten alle Teile eine ganze Menge verschiedener Löcher, die wild durch Flicken in allen Farben zusammengehalten waren. Ich redete ihm öfters zu, nicht in die Schenken der Stanizen zu laufen und dort seinen Lieblingswein zu trinken, aber er hörte nicht auf meine Ermahnungen.

Einmal nahm er in einer Staniza aus meinem Ranzen fünf Rubel, die ich mit großer Mühe hinter seinem Rücken, aber doch für ihn, zusamengespart hatte, und kam dann gegen Abend in das Haus, wo ich im Garten arbeitete, ganz betrunken und in Begleitung eines dicken Kosakenweibes, das mich folgendermaßen begrüßte: „Guten Tag, du verdammter Ketzer!"

Und als ich, verwundert über diese Bezeichnung, sie fragte, warum ich ein Ketzer sei, da erwiderte sie mir mit Aplomb: „Warum, zum Teufel, verbietest du dem Burschen da die Weiber zu lieben. Kannst du das etwa verbieten, wo es doch das Gesetz erlaubt? . . . . Verfluchter, du!"

Schackro stand neben ihr und nickte zustimmend mit dem Kopfe. Er war sehr betrunken, und wenn er irgend eine Bewegung machte, dann taumelte er ganz haltlos hin und her. Die Unterlippe ließ er hängen. Mit gläsernen Augen und dummdreistem Gesicht stierte er mich an.

„Nun, du, was glotzest du uns an? Gib ihm sein Geld!" schrie das mutige Weib.

„Was für Geld?" fragte ich erstaunt.

Gib her, gib her! Oder ich bringe dich vor die Voiskovaja (die Behörde, Altamanschaft der Kosaken). Gib die anderthalbhundert Rubel, die du ihm in Odessa weggenommen hast."

Was sollte ich machen? Das Teufelsweib in seinem Rausche war imstande, in die Hütte des Altamans zu gehen, und dann hätte uns die gegen wanderndes Volk strenge Obrigkeit der Staniza wohl einsperren lassen. Wer konnte wissen, was für Folgen eine solche Arretierung für mich und Schackro haben konnte! Und so fing ich denn an, diplomatisch mit dem Weibe zu verhandeln, was schließlich auch keine großen Anstrengungen kostete. Mit Hilfe von drei Flaschen Wein besänftigte ich sie. Sie fiel auf die Erde zwischen Wassermelonen nieder und schlief dann ein. Ich brachte nun Schackro zur Ruhe und früh am Morgen des nächsten Tages verließen wir die Staniza und ließen das Weib bei den Melonen liegen.

Fortsetzung folgt.

und Postkarten in den Vereinigten Staaten für den Postverkehr nach den beiden erstgenannten Ländern angenommen, während der Postpaketverkehr noch nicht zugelassen ist.

Kleine politische Nachrichten.

Die wiederholten Vorstellungen der deutschen Regierung, die Alliierten möchten den Abtransport der deutschen Truppen aus Konstantinopel und Saloniki in die Hand nehmen, haben endlich zum Erfolg geführt. Mit der Heimschaffung der deutschen Truppen aus Konstantinopel und Saloniki wurde jetzt begonnen.

Wie französische Zeitungen melden sind zwei englische Dampfer mit 2000 deutschen Kriegsgefangenen aus Essex in Havre eingetroffen. Die Gefangenen werden nach den nordfranzösischen Gouvernements gebracht, um beim Wiederaufbau der Gebäude verwendet zu werden.

Gegen die Ausschreibung von Wahlen im Gebiet der Provinz Posen durch die Polen hat die deutsche Regierung energischen Einspruch erhoben.

Die Zeitungsmeldung, daß für den Reichspräsidenten ein früheres königliches Schloß in der Nähe von Berlin als Sommersitz hergerichtet werde, ist glatt erfunden.

Nach Mitteilung aus dem Haag trafen in Rotterdam 1473 Südwestafrikaner, 67 Offiziere, 43 Frauen, 44 Kinder, 1317 Mann ein. Der Transport wird über Wesel nach dem Durchgangslager Münster geleitet und von dort in die Heimat entlassen werden.

Mordprozeß Liebknecht und Rosa Luxemburg.

In der Nachmittagssitzung schließt sich der Angeklagte v. Riedgen den Ausführungen des Angeklagten Pflugk-Hartung an. Auf eine Frage des Vorsitzenden sagt der Angeklagte aus, daß er geschossen habe, als er den ersten Schuß hörte. Im ganzen sollen etwa 10 Schüsse abgegeben worden sein. Auf der Unfallstation hat er den Namen Liebknechts nicht angegeben, weil er sich in allem nach seinem Führer gerichtet habe. Aus demselben Grunde, weil er Liebknecht laufen sah, hätte er auch zwei Schüsse abgegeben. Im Auto saß der Angeklagte Liebknecht gegenüber. Er sah daher genau, wie mit großer Gewalt ein Hieb gegen ihn geführt wurde, der aber dadurch, daß er das Verdeck traf, sehr gemildert wurde. Dann sprang noch ein Mann auf das Trittbrett und griff Liebknecht an die Kehle.

Angeklagter Stiege saß auf der Rückseite des Autos neben Liebknecht und versuchte mit seinen beiden Armen die gegen Liebknecht gerichteten Schläge aufzufangen, was ihm aber nicht gelang. Auch er hat zwei Schüsse abgegeben, weil er sah, daß Liebknecht floh. Auf der Fahrt zur Unfallstation bat ihn der mitangeklagte Schulze um seine Hilfe, da er eine stark blutende Stichwunde an der Hand hatte.

Der Verteidiger erhebt aufs neue energischen Protest gegen die Art der Fragestellung, vor allem von seiten des Vertreters der Anklage, und beantragt Verlesung des ganzen Protokolls der Voruntersuchung.

Angeklagter Leutnant Schulze sagt über die Vorgänge vor dem Eden-Hotel dasselbe aus wie die anderen Angeklagten. Er bestätigt, daß der Motor des Autos nicht funktionierte und daß das die Veranlassung zu der Panne im Tiergarten war. Er sah dann, wie Liebknecht auf dem Wege durch den Tiergarten links an ihm vorbeirannte. Er wollte ihn fassen und erhielt dabei den Stich in die rechte Hand. Er selbst aber kam nicht mehr zum Schuß.

Angeklagter Liepmann wiederholte im wesentlichen das, was die andern Angeklagten ausgesagt haben. Auch ihm lief Liebknecht links vorbei, worauf er zwei Schüsse abgab, um ihn zu treffen. Nach den Garnison- und Wachvorschriften sei er verpflichtet gewesen, beim Fluchtversuch eines Gefangenen sofort von der Waffe Gebrauch zu machen. Wenn er für die Entlassung des Runge eingetreten sei, so nicht darum, um ihn vor der Strafe zu schützen, sondern vor der Wut der Spartakisten.

Angeklagter Hauptmann Heinz v. Pflugk-Hartung weist die Anklage gegen ihn auf das schärfste zurück. Als Autofachmann gab er eine ausführliche technische Darstellung von den verschiedenen Pannen, die das Auto an dem fraglichen Abend erlitten habe. Er sei deshalb auch nur als Begleitfahrer mitgefahren.

Man kommt jetzt zur Vernehmung der Angeklagten, denen die Tötung der Frau Luxemburg zur Last gelegt wird. Kriegsgerichtsrat Ehrhorn macht den Angeklagten Oberleutnant Vogel darauf aufmerksam, daß gegen ihn ganz besonders schwerbelastendes Material vorliege, und fragt an, ob er sich schuldig bekennen wolle. Der Angeklagte Vogel bestreitet die Richtigkeit des Beweismaterials und bekennt sich nicht schuldig: Als ich Frau Luxemburg durch den Hauptausgang des Edenhotels zum Auto brachte, erhielt diese aus der dort versammelten Menge heraus zwei Schläge auf den Kopf und stürzte zu Boden. Darauf brachte ich sie in den Wagen und setzte mich selbst mit den beiden Wagenführern auf den Führersitz. Plötzlich hörte ich einen Schuß fallen, konnte aber im Wagen eine Veränderung nicht bemerken, glaube aber gesehen zu haben, wie ein Mann vom Wagen absprang. Als wir von der Verkehrsstraße in eine Seitenstraße am Landwehrkanal einbogen, machte einer den Vorschlag, die Leiche ins Wasser zu werfen. Dem wurde zugestimmt. Die Tote wurde ins Gras gelegt, als sich plötzlich Regierungstruppen näherten, die Ausweise verlangten. Zu dem führenden Offizier sagte der Angeklagte, daß er die Leiche der Luxemburg hier habe. Die Leiche wurde dann ins Wasser geworfen und die Rückfahrt ins Edenhotel angetreten. Dort hat der Angeklagte einen Bericht abgegeben, der mit den Tatsachen absolut nicht in Uebereinstimmung zu bringen ist. Er erzählte dort die bekannte Geschichte von dem Leichenraub und verschwieg auch, daß der Angeklagte Runge derjenige war, der Frau Luxemburg niederschlug, sondern schob diese Tat irgendeinem Zivilisten in die Schuhe. Er glaubte damals so aussagen zu müssen, um nicht seine Division bloßzustellen, die damals die einzige Stütze der Regierung in Berlin gewesen sei. Angeklagter ist der Meinung, daß die beiden Kolbenschläge bereits tödlich waren.

Angeklagter Seller drückt sein Erstaunen darüber aus, daß er als Angeklagter hier erscheinen soll. Er habe niemals die Absicht gehabt, jemanden bei der Ausführung des Verbrechens zu begünstigen. In der fraglichen Nacht hatte er das Eden-Hotel-Viertel zu sichern. Leutnant Jensen kam erregt zu ihm und sagte, daß die Leiche der Rosa Luxemburg ins Wasser geworfen sei. Er habe dann von der Lichtenstein-Brücke aus einen dunklen Körper im Wasser schwimmen sehen und einer seiner Offiziere habe gesagt: Da schwimmt sie, die Rosa. Auf eine Frage des Verteidigers, ob Oberleutnant Vogel der einzige Offizier beim Transport der Frau Luxemburg war, erwidert der Angeklagte, das nicht zu wissen. Darauf fragt der Verteidiger, ob der Angeklagte diese Aeußerung mache, um irgendeine Dienststelle oder Person zu schützen. Nach einer kurzen Ermahnung des Verhandlungsleiters an den Angeklagten Vogel, hier vor Gericht die Wahrheit zu sagen, beantwortet der Angeklagte die an ihn gerichtete Frage mit den Worten: Ich verweigere darüber die Aussage.

Während einer kleinen Pause entsteht plötzlich ein großer Tumult, und man sieht in der Tür des Saales Soldaten in Tätlichkeiten gegeneinander ausarten. Die Ursache zu diesem Zwischenfall gab der Angeklagte Runge, der sich mit lauten Verwünschungen und Flüchen, wie: Zuchthäusler, Landesverräter, gemeiner Lump usw., auf seinen im Zuschauerraum anwesenden Bruder stürzte.

Beim Wiedereintritt in die Verhandlung bittet der Verteidiger, zu veranlassen, daß der Bruder des Runge vorläufig nicht zu den Verhandlungen zugelassen wird. Nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß der betreffende nicht mehr im Saale ist, erhebt sich Runge und erklärt wieder unter lauten Verwünschungen auf seinen Bruder, daß für ihn die ganze Verhandlung erledigt wäre, wenn dieser noch einmal erscheinen würde, und daß er ihm dann die Kehle abschneiden werde.

Dem Gutachten des Sachverständigen Geheimrats Dr. Straßmann ist zu entnehmen: Liebknecht erhielt drei Schüsse, einen in den Kopf und zwei in den Rumpf, von denen einer durch die Lunge ging. Der Schuß durch die Lunge hätte den Tod herbeiführen können, es scheint aber, daß der Kopfschuß die Tötungsursache war. Außerdem hat der Schädel eine Platzwunde erhalten. Die Stelle war von einer ganzen Reihe von Rissen umgeben. Es ist anzunehmen, daß diese Risse nicht durch den Kolbenschlag, sondern durch den Schuß verursacht sind. Zweifellos ist, daß die Schüsse aus der Entfernung abgegeben worden sind. Sie haben alle die linke Körperseite getroffen und sind an der rechten Körperseite wieder herausgekommen. Durch die Aussage der Angeklagten, daß Liebknecht nach links zu entweichen versuchte, wird das bestätigt. Außerdem hat der Tote am linken Oberarm eine blutgestreifte Stelle gehabt. Zwei andere Sachverständige schließen sich diesen Ausführungen an. Auch das Gutachten des Sachverständigen für Feuerwerker, Barella, bestätigt, daß die Schüsse aus größerer Entfernung abgegeben worden sind, es konnte aber nicht festgestellt werden, aus was für einer Waffe sie abgegeben wurden.

Nach der Verteidigung der Sachverständigen wurde die Verhandlung auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Anordnung

betr. die Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der Hausangestellten und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer.

Durch die Aufhebung des Gesinderechts sind auch die Bestimmungen über Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der unter die Gesindeordnung fallenden Haus- und landwirtschaftlichen Angestellten aufgehoben. Gerade die durch die Aufhebung der Gesindeordnung hervorgerufenen mannigfachen Unklarheiten lassen aber Schlichtungsstellen zur Klärung von Zweifelsfragen und zur raschen Regelung von Streitigkeiten notwendig erscheinen.

Daher ergeht bis zur Neuregelung des Arbeiterrechts durch das Reich folgende Anordnung:

1. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der Hausangestellten und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer werden bei der Abteilung Rechtsfürsorge des Wohlfahrtsamtes Einigungsämter gebildet.
2. Jedem der beiden Einigungsämter gehören ein zum Richteramt befähigter Vorsitzender sowie Beisitzer an. Die Beisitzer sind in gleicher Zahl aus dem Kreise der Hausangestellten und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer einerseits und ihrer Arbeitgeber andererseits zu entnehmen. Die Vorsitzenden und ihre Vertreter, die ebenfalls die Befähigung zum Richteramt besitzen müssen, werden von dem Wohlfahrtsamte bestellt; die Beisitzer werden nach Anhörung der Berufsvereinigungen von der Abteilung Rechtsfürsorge des Wohlfahrtsamtes berufen. Zu Beisitzern können auch Frauen berufen werden.
3. Das Einigungsamt versucht zunächst in einem von der Abteilung Rechtsfürsorge des Wohlfahrtsamtes zu regelnden Verfahren die Beilegung des Streitfalles.

   Ist eine Beilegung auf diese Weise nicht möglich, findet mündliche Verhandlung statt, zu der die Beteiligten zu laden sind. Bei unentschuldigtem Ausbleiben kann das Einigungsamt Ordnungsstrafen bis zu 100 Mk. festsetzen, die im Falle der Nichtbezahlung im Verwaltungswege beigetrieben werden. Auch im Verhandlungstermin ist zunächst die gütliche Beilegung des Streitfalles zu erstreben. Ist eine Verständigung der Beteiligten nicht herbeizuführen, ergeht ein Schiedsspruch, der mit Gründen den Beteiligten zu verkünden oder schriftlich mitzuteilen ist.
4. Bei mündlicher Verhandlung ist das Einigungsamt mit dem Vorsitzenden oder einem Vertreter sowie mit je einem Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus dem Kreise der Beisitzer zu besetzen. Ist an einem Streitfalle eine Hausangestellte oder eine landwirtschaftliche Arbeitnehmerin beteiligt, sollen zu Beisitzern vorzugsweise Frauen herangezogen werden.
5. Streitigkeiten aus den Dienstverhältnissen der Hausangestellten und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer dürfen bei Gericht zum Gegenstand einer Klage oder Widerklage erst gemacht werden, wenn das Einigungsamt die Beilegung des Streitfalles vergeblich versucht und einen Schiedsspruch gefällt oder die Abgabe eines Schiedsspruches abgelehnt hat. Der Inhalt des Schiedsspruches gilt, soweit er die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer regelt, als vereinbarte Bestimmung des Dienstvertrages.
6. Das Einigungsamt kann durch allgemeine Anordnung die Gründe festsetzen, aus denen das Dienstverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufgelöst werden kann, und Entschädigungen bestimmen, die bei vorzeitiger Lösung des Dienstverhältnisses zu gewähren sind.

Anordnungen dieser Art sind öffentlich bekannt zu machen; sie gelten als verbindliche Bestimmungen der Dienstverträge.

Lübeck, den 10. Mai 1919.

Der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilmachung. (2022

Dr. Linck.

Haushälterin a. Ang., nicht unt. 40 Jahren von Ww. mit 5 Kindern zu sofort gesucht. Kriegerwitwe mit einem Kind nicht ausgeschlossen. (2047 Perd. nach. Georgstr. 29 I.

Wir stellen noch zu sofort ein:
1 Dreherlehrling,
1 Formerlehrling.
H. Ruß & Co.,
2065) Unterstraße 24/25.

Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für **Luxusgegenstände** im Monat April ds. Js. sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Mai ds. Js. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vordrucke können im Steueramt, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Lübeck, den 5. Mai 1919. (2025

Das Umsatzsteueramt.

Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer

für das Jahr 1919/20 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte **St. Jürgen und St. Gertrud, sowie für die eingemeindeten Gebiete und die Landbezirke** sind, in der Zeit vom 12. bis 20. Mai d. J. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt, einen Landbezirk oder in eines der eingemeindeten Gebiete und umgekehrt hat eine Aenderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, 10. Mai 1919. (2024

Die Steuerbehörde.

Der erste Teilbetrag der Grundsteuer sowie die Brandkassenbeiträge

für 1919/20 sind für die Grundstücke in den Vorstädten **St. Jürgen und St. Gertrud sowie in Travemünde, Schlutup und den übrigen eingemeindeten Gebieten** in der Zeit vom 12. bis 20. Mai d. Js. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Lübeck, 10. Mai 1919. (2023

Die Steuerbehörde.

Waldschule Wesloe.

Kinder, die die Waldschule in diesem Jahr besuchen sollen, sind in Begleitung einer erwachsenen Person dem Waldschularzt, Herrn Dr. med. J. Meyer, zwecks Untersuchung vorzustellen (2037

am Dienstag, dem 13. Mai,
am Mittwoch, dem 14. Mai,
am Donnerstag, dem 15. Mai,
nachmittags von 5—6 Uhr
in der Zentrale vom Roten Kreuz, Schildstraße 10.

W. Boalkleid für 12j. Mädch. zu verkaufen. (2043
Friedenstraße 9 II.

:: Komitee- und Komissionssitzungen ::

V. u. A. 2052
mit Bezirksführern
Donnerstag abend 7½ Uhr im „Gewerkschaftshaus"

Die Verlobung ihrer Tochter **Martha** mit Herrn **Franz Laudi** zeigen hiermit an

Wilhelm Schröder u. Frau,
geb. Spindler.

Lübeck, den 11. Mai 1919.

Martha Schröder
Franz Laudi
Verlobte. (2044
Lübeck. Petersberg b. Schönberg.

Ernst Kobel
Emma Kobel
geb. Burmeister. 2044
Vermählte.
Lübeck, den 10. Mai 1919.

Emil Blöcker und Frau
Anna geb. Bössow.
Vermählte.
Für die vielen Gratulationen und Geschenke danken herzlichst.
2050) D. O.

Verloren Armbanduhr — Andenken. Abzugeb. geg. gute Belohnung
2053) Finkenberg 40.

Hohe Belohnung
demjenigen, der mir den Täter des Kleiderdiebstahls in der Mühlenstr. 16 vom 5. d. Mts. so nachweist, daß ich wieder zu meinem Eigentum komme.
2055) F. Erxleben.

Prima-Wechsel
in Block.
Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung.

Keine Gasnot mehr!
Hartspiritus
vorzüglich als Kocher
2-A-Dose 2 M, ½-A-Dose 75 ₰.
Zur Mühle
Paul Martens (2049
Beckergrube 61.

Buchen-Abfallholz
haben abzugeben
F. E. Schacht & Co.
Fernsprecher 289. (20..

Hausstandslumpen, Pfund 12 Pfg. aufwärts, **Stutz-Pferdehaare,** Pfund 10 Mk. aufwärts, **Eisen, Metall, Papier, Zeitung, Knochen, Küh-, Mähnen- u. Schweinehaare** kauft zu höchsten Tagespreisen. (2028
Tel. 2480. **Waisenhofstr. 25.**

Wohltätigkeitsverlosung des Landeskriegerverbandes Lübeck.

Ziehung: 16. Juni 1919.
Der Reinertrag ist ausschließlich für die Unterstützungskasse bedürftiger Kameraden bestimmt.
Preis des Loses: 2 Mark.

Verlosungsplan:

I. Hauptgewinne:

1	Hauptgewinn im Werte von	Mk. 3000.—
1	„ „ „ „	„ 1500.—
1	„ „ „ „	„ 1000.—
2	Hauptgewinne „ „ „ von je Mk. 500.—	„ 1000.—
4	„ „ „ „ „ „ „ 250.—	„ 1000.—
5	„ „ „ „ „ „ „ 100.—	„ 500.—
20	„ „ „ „ „ „ „ 50.—	„ 1000.—
40	„ „ „ „ „ „ „ 30.—	„ 1200.—

II. Ferner:

100	Gewinne im Werte von je Mk. 15.—	Mk. 1500.—
100	„ „ „ „ „ „ 10.—	„ 1000.—
400	„ „ „ „ „ „ 5.—	„ 2000.—
674	Gewinne im Werte von zusammen	Mk. 14700.—

Für Gewinne im Werte von je 15.— Mk., 10.— Mk. und 5.— Mk. werden Gutscheine ausgegeben.

Lose sind in den durch **Aushängeschilder** kenntlich gemachten **Läden** zu haben.

2033) **Der Vorstand.**

Soeben erschien:

Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution.

Briefe an die deutschen Arbeiter von Parvus.

1. Die wirtschaftliche Ueberwindung des Kapitalismus.
2. Sozialismus und Bolschewismus. 2 Briefe in einem Hefte Preis 50 Pfg.
3. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Preis 40 Pfg.
4. Der Friede und der Sozialismus. Preis 70 Pfg.

Zielbewußt und klar führt uns Parvus durch die geistigen Wirren der Revolution und zeichnet den Vormarsch zur Sozialisierung und Demokratie, zu einer sozialistischen Innen- und Außenpolitik, welche Steigerung der Produktion und äußeren Frieden bringen: zwei Aufgaben, von deren Erfüllung die Zukunft des Volkes abhängt.

Verlag für Sozialwissenschaft.
2031) **Berlin SW 68,** Lindenstraße 114.